

Westfalen-Welt-Weit

Nachrichten aus Mission, Ökumene und kirchlicher Weltverantwortung



Themenschwerpunkt

Frei – Bedrängt – Verfolgt

Zur Situation von Christinnen und Christen weltweit

THEMENSCHWERPUNKT: Frei – Bedrängt – Verfolgt

Editorial	1
Christen in der Türkei – geduldete oder verfolgte Minderheiten?	2
Alte, Schwache und Kranke bleiben	4
Alter Glaube, neue Heimat – einem Leben zwischen den Fronten entkommen	6
Toleranz auf Türkisch	8
Tätowiertes Kreuz auf dem Unterarm	11
Israel schränkt Grundrechte mehr und mehr ein	14
„Wir machen den Unterschied, in dem wir keine Unterschiede machen“	16
Ja zum Gebetsraum – Nein zur Kapelle	18
Armut ist der Nährboden des Radikalismus	20
Terror spaltet nicht	23
„Ich fürchte mich in meinem Land“	24
Anschläge auf Kirchen und Ausschreitungen zwischen Religionen	25
Friede unter den Menschen	27
Gebet weltweit: Der VEM Prayer Alert	28
REGIONALES	
„Unmögliches wagen“	29
Gemeinschaft unter freiem Himmel	29
Zusammen wachsen	30
Mit der MÖWe-Bude und dem Smoothie-Fahrrad auf Achse	31
„Steh auf und geh...“	32
Kirchen sollen lauter gegen Abschiebungen protestieren	33
Minenstollen statt Klassenzimmer	34
PERSONALIA	
Auf neuen Wegen	35
Neue Gesichter im Amt für MÖWe	36
Abschied vom Amt für MÖWe	36
FÜRBITTEN	
Reminiszere – Sonntag für bedrängte Christen	37
Gebet	37

Impressum

„Westfalen – Welt – Weit. Nachrichten aus Mission, Ökumene und kirchlicher Weltverantwortung“ wird herausgegeben vom Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der EKvW, Olpe 35, 44135 Dortmund | Redaktion: Dirk Johnen, v.i.S.d.P., Tel.: 0231-5409-293 | Thomas Krieger, Tel.: 0231-5409-70, www.moewe-westfalen.de, info@moewe-westfalen.de
Titelfoto: KIRCHE IN NOT | Seite 12: Festungsturm mit Holzbrücke im St. Antonius-Kloster in Ägypten (Foto: Christian Hohmann)
Gestaltung: TEAM DESIGN – Lutz Bahmüller, 58239 Schwerte, www.teamdesign-schwerte.de
Diese Publikation wurde auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

„Viel schwieriger als die Distanzierung ist es, sich und anderen begreiflich zu machen, wo die Ursache der religiös motivierten Gewalt liegt und was dagegen zu unternehmen wäre.“

Navid Kermani (in: Wer ist wir? Deutschland und seine Muslime)

Liebe Leserinnen und Leser,

Wollen wir das wirklich? Ein ganzes Heft mit dem Schwerpunktthema „verfolgte und bedrängte Christen“? Darüber haben wir lange diskutiert. Und als wir uns dafür entschieden hatten, haben wir sehr überlegt, welchen Titel wir wählen.

Auf keinen Fall wollten wir von „Christenverfolgung“ reden, weil dieser Begriff von evangelikalen Gruppierungen gebraucht wird, die ihrerseits vor aggressiven Missionierungskampagnen in der islamischen Welt nicht zurückschrecken. Wir wollen nicht denjenigen in die Hände spielen, die eine Polarisierung zwischen Christentum und Islam vorantreiben. Die Behauptung, es tote ein Kampf der Kulturen bzw. der Religionen, dient Fundamentalisten dazu, den Rest der Welt auf ihre Weltsicht einzuschwören.

Aber wir wollen auch nicht verschweigen, dass es in zahlreichen Staaten der islamischen Welt ein zunehmendes Klima der Gewalt gegen Christen und andere religiöse Minderheiten gibt! Dies ist besorgniserregend und stellt verschärft die Frage nach den Bedingungen, unter denen Christinnen und Christen in vielen Ländern des Nahen Ostens, aber auch in Asien und Afrika in einer multireligiösen Umwelt heute leben. Es gibt weltweit einen Kampf fundamentalistischer Strömungen. Davon sind alle Weltreligionen betroffen. Aber es gibt auch weite Felder toleranten und kooperativen Handelns, wo die Friedenskraft der Religionen spürbar am Werke ist.

Frei, bedrängt und verfolgt gleichzeitig – so stellt sich die Situation von Christinnen und Christen vielerorts dar. –



Mit einer Reihe von Interviews und einigen eigenen Artikeln über die Türkei, Ägypten, Israel und Palästina, Indonesien, Kamerun und Nigeria versuchen wir dem in dieser Ausgabe von westfalen weltweit auf die Spur zu kommen. Die Beiträge geben Einblicke in unterschiedliche Situationen. Einige erzählen von Freiheit und Freiräumen in äußerlich bedrängten Situationen. Andere zeigen systematische Diskriminierung und Verfolgung in vermeintlich „demokratischen“ Kontexten auf.

Auch wo Menschenrechte vorenthalten werden und das Recht auf freie Religionsausübung systematisch eingeschränkt wird, gibt es Handlungsoptionen. „Es macht den Unterschied, dass wir keine Unterschiede machen“, bringt die christliche Palästinenserin Kadra Zreineh die Rolle der Christen als Minderheit in einer bedrängten Situation auf den Punkt. „Wir sind das Salz der Erde.“

Um mit Gottvertrauen, Liebe und Hoffnung die schwierigen Situationen, in denen sie sich befinden, zu bestehen, sind unsere Glaubensgeschwister in aller Welt auf unsere Solidarität und Fürbitte angewiesen. Sich mit ihren Kontexten näher zu beschäftigen, hilft zu verstehen und informiert zu beten. Dazu möchten wir mit diesem Heft einen Beitrag leisten.

Eine angenehme Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Amelie Jäh-Pels

Christen in der Türkei – geduldete oder verfolgte Minderheiten?

Welche Zukunft haben christliche Religionsgemeinschaften nach dem Referendum?

Von Thomas Krieger

Die Türkei und ihr aktueller Präsident Recep Tayyip Erdoğan stehen in der internationalen Presse unter Dauerkritik, während eine unabhängige, freie Presse in der Türkei seit mindestens einem Jahr nicht mehr vorhanden ist. „Reporter ohne Grenzen“ zählt die Türkei zu den Ländern der Welt mit den zahlenmäßig meisten inhaftierten Journalisten. Nach der Auszählung des Referendums am 16. April 2017, in dem eine denkbar knappe Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für eine Änderung des politischen Systems und die Einführung einer präsidial geleiteten Republik gestimmt hat, schwinden die Hoffnungen auf einen Erhalt der Demokratie am Bosphorus. Politische Kommentatoren sehen die moderne Türkei daher auf dem Weg zu einer neuen, autoritären, neo-ottomanischen Regionalmacht zwischen Europa und dem Orient. Was bedeutet das für die christlichen Minderheiten in der Türkei?



Mit der Gründung der türkischen Republik durch Mustafa Kemal Atatürk und die sogenannten Jungtürken 1923 wurde nicht nur eine neue türkische Republik auf dem Boden des alten osmanischen Reiches gegründet. Es entstand auch ein neuer Staat, der sich zwar laizistisch nannte, tatsächlich aber die sunnitische Variante des Islam zur Staatsreligion erhob. Dies war den Staatsgründern damals selbst gar nicht bewusst. Sie wollten den sunnitischen Islam kontrollieren, orientierten sich bei der Konstruktion der neuen Republik, bei der Einführung von Gerichts- und Schulsystemen und der Bildung einer modernen Armee vielfach am Westen, privilegierten aber über die Einführung der Religionsbehörde Diyanet und die Bezahlung der Imame durch eben diese neue Behörde den sunnitischen Islam.

Die Türkei war bei ihrer Staatsgründung ein Vielvölkerstaat mit unterschiedlichen Ethnien und auch großen, relevanten religiösen Minderheiten. In den 1920er Jahren gehörte ein Viertel des Staatsvolkes dem Christentum an.

Durch den sogenannten Bevölkerungsaustausch und die erzwungene Abwanderung der Pontusgriechen sank der Anteil der Christen in der Türkei Schritt für Schritt. Das sogenannte Pogrom von Istanbul aus dem Jahre 1955, in dessen Folge zahlreiche christliche Kirchen und Schulen in Brand gesetzt wurden, ist heute fast vergessen. Etwa 100.000 Christen verließen damals fluchtartig das Land. Heute leben nur noch etwa 0,2 Prozent Christen in der Türkei. Auch das ideologische Konstrukt des Türkentums gehört zu den Problemen der modernen Türkei. Denn tatsächlich besteht das türkische Staatsvolk nicht nur aus

Türkische Staatsvorik nicht nur aus Türken, sondern auch aus Kurden, Tscherkessen, Bosniaken, Arabern, Armeniern, Griechen, Lasen und weiteren Ethnien. Und auch die muslimische Bevölkerungsmehrheit unterteilt sich in Sunnitn, Aleviten, Alawiten und weitere Strömungen des Islam.

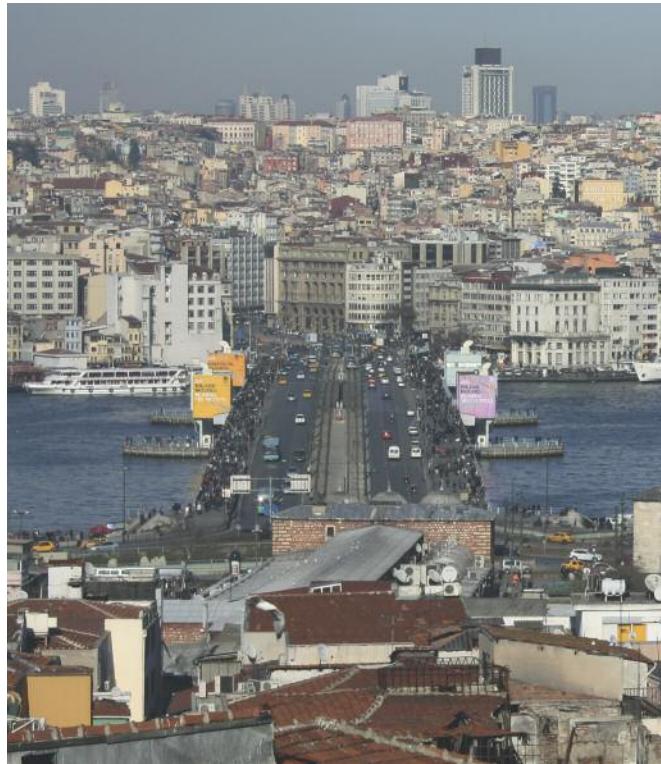
Das alte Osmanische Reich war toleranter gegenüber seinen religiösen Minderheiten als die heutige türkische Republik. So lautet meine provokante These. Die beiden ältesten christlichen Gruppierungen in der Türkei sind die syrisch-orthodoxen Christen sowie die orthodoxen Armenier, gefolgt von den orthodoxen Griechen – drei uralte, christliche Kirchen. Der Genozid an den Armeniern im Jahre 1915, der bis heute nach wie vor ein Tabu in der Türkei darstellt, hatte das Verhältnis von Christen und Muslimen in der Türkei nicht nur zahlenmäßig entscheidend verändert. Zwar haben die Armenier heute einen eigenen Staat, etwa 20.000 armenisch-orthodoxe Christen leben aber nach wie vor als christliche Minderheit in der Türkei.

Der 2007 ermordete armenische Journalist Hrant Dink hat bereits in den 1990er Jahren versucht, den Genozid in der Türkei zu thematisieren. Die nach ihm benannte Stiftung mit Sitz in Istanbul leistet wertvolle Aufklärungsarbeit über das Schicksal der Armenier in der Türkei heute, veröffentlicht regelmäßig Berichte über Hassreden und setzt sich gegen Diskriminierung, Sexismus und Rassismus in der Türkei ein.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Friedensvertrag von Lausanne kam es zu einem weiteren politischen Unrecht und einer erzwungenen Auswanderung der christlichen Griechen. Die sogenannten Pontusgriechen, die vor allem in Istanbul und an der Schwarzmeerküste bis hin nach Georgien siedelten, mussten nun die neue Republik verlassen und in Griechenland eine neue Heimat finden. Sie verloren Häuser, Wohnungen und Ländereien. Durch die Umsiedlung dieser Bevölkerungsgruppe in den 1920er Jahren veränderte sich auch die religiöse Landschaft in der Türkei. Izmir war zeitweilig die Stadt mit dem höchsten Anteil griechischer Einwohner in der gesamten Türkei. Gleichzeitig geriet das ökumenische Patriarchat von Konstantinopel in eine neue, prekäre Lage. Bis heute liegt der Sitz des ökumenischen Patriarchen in Istanbul – ein Patriarchat ohne viele Mitglieder kann man sagen, denn die meisten griechisch-orthodoxen Christen sind nach Griechenland gegangen.

Die syrisch-orthodoxe Kirche von Antiochien ist heute vermutlich die zweitgrößte christliche Minderheit in der Türkei. Sie lebt in der türkisch-syrisch-irakischen Grenzregion und hat heute noch etwa 3.000 Mitglieder in der ganzen Türkei mit Bischofssitzen in Istanbul, Adiyaman, Diyarbakir und im Tur Abdin. Der Tur Abdin ist eine Gebirgsregion am Tigris in der Südosttürkei, die vor allem auch Siedlungsgebiet der kurdischen Bevölkerung der Türkei ist. In den 1960er Jahren lebten hier in den kleinen

Blick auf Istanbul mit dem europäischen Stadtteil Beyoğlu.



Dörfern über 30.000 syrisch-orthodoxe Christen unter einer weitgehend kurdischen Mehrheit. Seit über 1.400 Jahren leben sie hier und gehörten zwischendurch zur gesellschaftlichen Führungsschicht, beispielsweise zur Zeit des Kreuzfahrerstaates von Edessa, dem heutigen Şanlıurfa. Durch die wachsenden politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden in den 1980er und 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts gerieten sie zwischen die Fronten. Viele Aramäer wanderten aus, und der christliche Bevölkerungsanteil in der Osttürkei sank.

Die Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei und die Katholische österreichische St. Georgs-Gemeinde sind zwei sehr kleine, aber sozial engagierte Gemeinden in Istanbul. An ihrem Schicksal lässt sich die prekäre Situation der Christen in der Türkei ebenfalls deutlich ablesen. Der deutsche Kaiser und deutsche Kaufleute gründeten 1843 in Istanbul eine evangelische Kirche, die im Einvernehmen mit dem damaligen Sultan im europäischen Stadtteil Beyoğlu errichtet wurde. Die Eigentumsrechte sind aber sehr fragil. Das Gebäude kommt in den Besitz des türkischen Staates sobald es nicht mehr bewohnt ist.

Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung sinkt die Mitgliederzahl dieser Auslandsgemeinde zurzeit kontinuierlich. Und die österreichischen Vinzentinerschwestern gehören zur St. Georgs-Gemeinde und arbeiten im angesehenen österreichischen Hospital in Istanbul. Sie berichteten im vergangenen Jahr von Willkür durch die türkische Gesundheitsbehörde, die die Arbeit des Spitals durch unsinnige Auflagen erschwert, deren Erfüllung bei der nächsten Kontrolle gar nicht mehr überprüft wird. Da bleibt die Frage offen, ob die Anwesenheit der christlichen Minderheiten in der Türkei überhaupt noch erwünscht ist. ☺

Foto: Thomas Krieger



Alte, Schwache und Kranke bleiben

Gerhard Duncker zur Lage der Christen in der Türkei und im Nahen Osten

Von Annette Muhr-Nelson

Kirchenrat Gerhard Duncker hat von 1994 bis 2002 als deutscher Auslandspfarrer in Istanbul gelebt. Nach seiner Rückkehr kam er als theologischer Referent ins Landeskirchenamt und war dort bis zu seiner Pensionierung im Juni 2017 Islambeauftragter und zuständig für den gesamten Nahen Osten. Annette Muhr-Nelson sprach mit Kirchenrat Duncker.



Gerhard Duncker

Foto: EKvW

Herr Duncker, stehen Sie auch auf der Liste der Spitzel des türkischen Geheimdienstes?

Duncker: Das weiß ich nicht. Aber ich achte inzwischen sehr darauf, was ich in Interviews sage, weil ich nach wie vor gerne in die Türkei reise und es auch weiterhin tun will. Neulich z.B. fragte mich ein Taxifahrer, was ich von Erdoğan halte, und äußerte sich abfällig über ihn. Da habe ich gesagt: „Sie glauben ja wohl nicht, dass ich mich hier im Taxi zu Ihrem Präsidenten äußere.“

Ist das eine Situation, die mit der früheren DDR vergleichbar ist?

Duncker: In manchem ja. Keiner weiß, wer ein „IM“ (informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit der früheren DDR) ist. Alle sind vorsichtig, sich kritisch zu äußern. Man wird unwahrscheinlich schnell in die „Gülen-Ecke“ gestellt. Es gibt z.B. einen EZW-Text über die Gülen-Bewegung. Den würde ich nicht mitnehmen in die Türkei. Aber in der deutschen Community hat keiner Angst. Da kann man offen reden. Die deutschen Firmen jedoch machen zwar weiter ihre Geschäfte, aber sie investieren nicht

mehr. Insgesamt geht die Anzahl der Deutschen in der Türkei zurück. Manche ziehen aus Istanbul oder Ankara raus aufs Land, viele schicken ihre Familien nach Deutschland zurück oder kommen gleich ohne. Als ich neulich in der deutschsprachigen evangelischen Gemeinde war, waren da nur acht Menschen im Gottesdienst – und vor der Tür standen vier Polizisten. Es ist ja nicht verwunderlich, dass der Tourismus zurückgeht. Die Hotels stehen leer, die Kreuzfahrtschiffe legen nicht mehr in türkischen Häfen an. Aber das hat zur Folge, dass etliche Basarhändler aufgeben müssen, ebenso Restaurants und Kleinbetriebe.

Wie schätzen Sie die Situation der Christen in der Türkei ein?

Duncker: Das griechische Patriarchat, das seinen Sitz in Istanbul hat, spricht von „kühlens Höflichkeiten“ den Christen gegenüber, soweit es den Staat betrifft. Die syrisch-orthodoxe Minderheit im Tur Abdin kommt zunehmend unter Druck. Sie hatte einmal große Hoffnungen auf Erdoğan gesetzt und ihn auch gewählt. In den 1990er Jahren sind die Syrer in großem Stil aus Deutschland zurück in die Türkei gezogen und haben sich dort eine neue Existenz aufgebaut. Aber ihre Kinder gehen jetzt wieder zurück nach Deutschland. Es war Erdoğan, der vor kurzem wieder einen Imam an die Hagia Sophia berufen hat, obwohl sie ein Museum ist. Und in der islamischen Fastenzeit haben jetzt dort auch täglich Gebete stattgefunden. Die einzige christliche Bürgermeisterin der Türkei – in Mardin – ist abgesetzt worden. All das trägt dazu bei, dass die syrisch-orthodoxen Christen zunehmend keine Zukunft in der Türkei sehen. Sie haben aber auch deswegen keine Zukunft, weil es immer schwieriger wird, in der Türkei christliche Ehepartner zu finden. Die Mehrheit der Syrisch-Orthodoxen lebt in Deutschland und in den Niederlanden, die Griechisch-Orthodoxen gehen in die USA oder nach Griechenland.

Und wie ist das mit den evangelischen Christen? Kann man eigentlich die deutsche Pfarrerin, die gerade gewählt worden ist, guten Gewissens in die Türkei schicken?

Duncker: Die Auslandsgemeinden haben einen Sonderstatus. Sie stehen unter besonderem Schutz der Konsulate und Botschaften. In Ankara z.B. sind die italienische und die britische Kirche direkt auf dem jeweiligen Botschaftsgelände. Die türkischen Christen, die vom Islam konvertiert sind, halten sich sehr bedeckt. Die christlichen Gemeinden haben alle keine Anerkennung als Körperschaft. Wenn sie kein Gebäude oder keine Kirche aus alter Zeit haben, treffen sie sich in Hauskreisen und leben nach dem Motto „nur nicht auffallen“. Denn sie können kein Gebäude käuflich erwerben.

Wie viele Christen gibt es eigentlich in der Türkei, und werden sie verfolgt?

Duncker: Es gibt meines Wissens ca. 5.000 evangelische, 3.000 griechisch-orthodoxe, 10.000 syrisch-orthodoxe und 70.000 armenische Christen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Ich würde nicht von Verfolgung reden, aber es gibt eine Diskriminierung. Wer Christ ist, kann nicht Richter werden oder einen Lehrstuhl bekleiden. Ataturk hat ja den Satz geprägt: „Wie glücklich ist der, der von sich sagt ‚Ich bin ein Türke‘!“ Die Türken unterscheiden sehr stark zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität. Ein Armenier oder ein syrisch-orthodoxer Christ würde von sich nicht sagen „Ich bin Türke“, obwohl er türkischer Staatsbürger ist. Das ist wichtig zu wissen. Wenn wir in Deutschland über Integration reden, sage ich immer: Lasst die Türken doch in ihren Moscheen türkisch reden, beten und singen. Das ist ihre Kultur. Wichtig ist, dass sie die Grundordnung des Staates, in dem sie leben, achten.

Haben die christlichen Kirchen im Nahen Osten überhaupt noch eine Zukunft?

Duncker: Ich hoffe – nach der Überzeugung „Der Herr lässt die Seinen nicht im Stich.“ Aber ich denke, die Christen, die aus Syrien oder aus dem Irak weggegangen sind, werden nicht mehr zurückkehren. Die Zahl der arabisch sprechenden Christen geht zurück, weil die finanziell gut Gestellten und Beweglichen die islamischen Länder verlassen. Es bleiben eher die Alten, Schwachen und Kranken zurück. Daher sehe ich schwarz für das „Mutterland des Christentums“ – damit meine ich nicht nur Israel und Palästina, sondern die ganze Region. In den nächsten zehn Jahren wird keine Grenze mehr da sein, wo sie jetzt ist, denn die arabischen Staaten sind alle künstliche Gebilde. Überall in der Region sind die Christen auf dem Rückzug, und die Türkei ist da keine Alternative. Eine Ausnahme ist vielleicht Ägypten mit zehn Prozent christlicher Bevölkerung. Auch hier werden Christen – nicht systematisch verfolgt, aber – diskriminiert. So wird, wie ich gehört habe, immer häufiger christlichen Medizinstudenten, wenn sie ihr Studium abgeschlossen haben, die Approbation zum Arzt verweigert.



Kirchenrat Gerhard Duncker und der syrisch-orthodoxe Bischof Gregorius Melki im Gottesdienst in der Kirche von Adiyaman.

Foto: Thomas Krieger

Was möchten Sie Ihren Nachfolgern mit auf den Weg geben? Worin sehen Sie die besonderen Herausforderungen der Zukunft?

Duncker: Das wichtigste ist, Kontakt zu halten, Beziehungen zu pflegen, die Menschen nicht im Stich zu lassen. Auch finanzielle Hilfen sind natürlich sehr wichtig. Alles tun, damit die Menschen zueinander kommen! – Ich finde, wir müssen weiter Pfarrer in die Region entsenden, mit Studenten dorthin reisen, Studentenaustausch organisieren etc. Im Gespräch bleiben sowohl mit den Christen als auch mit Muslimen! Nur so kann man sich ein differenziertes Bild machen. Was heißt Islam und was heißt Christentum im Orient? Ich wünsche mir, dass meine Nachfolger weiter an dieser Frage arbeiten und versuchen, möglichst viele Menschen in Westfalen einzunehmen in die verschiedenen Dialoge – und auf Reisen natürlich auch!

Vielen Dank für das Gespräch. ☺

ⓘ Literaturhinweis: Eißler, Friedmann (Hg.): Die Gülen-Bewegung, EZW-Texte 238

Alter Glaube, neue Heimat – einem Leben zwischen den Fronten entkommen

Gespräch mit syrisch-orthodoxen Christen

Von Thomas Krieger

Syrisch-orthodoxe Christen leben seit mehr als 40 Jahren in Nordrhein-Westfalen. Die ersten Migranten kamen in den 1970er Jahren aus der Türkei, wo sie vor dem Militärdienst und der Diskriminierung als christliche Minderheit im ländlichen Südosten flohen. Auch in den 1980er und 1990er Jahren suchten syrisch-orthodoxe Christen hier und in anderen Bundesländern Schutz. Heute leben etwa 23.000 syrisch-orthodoxe Christen mit ihren Familien in NRW: in Köln, im Ruhrgebiet, in Ahlen, Gronau, im Raum Rheda-Wiedenbrück und vor allem in Ostwestfalen. In Warburg unterhält die syrisch-orthodoxe Kirche ein Kloster. Dort ist auch der Bischofssitz der Erzdiözese. Seit einigen Jahren gibt es einen eigenen syrisch-orthodoxen Religionsunterricht in NRW. Thomas Krieger sprach mit Adnan Mermertas, Landesbeauftragter der syrisch-orthodoxen Religionslehre in NRW, sowie dem Landeskoordinator der Kirche und Religionslehrer, Augin Yalcin, über ihre türkischen Wurzeln, ihren Glauben und das Leben als Christen in NRW.



Augin Yalcin

Foto: Thomas Krieger

Herr Mermertas und Herr Yalcin, Sie beide kommen aus der Türkei. Was hat Sie bewegt, die Türkei zu verlassen? Wie war das damals, als Sie nach Deutschland gekommen sind?

Mermertas: Warum ich nach Deutschland gekommen bin, hat verschiedene Gründe. Und warum die syrisch-orthodoxen Christen, speziell die Aramäer in der Türkei verfolgt werden, hat auch verschiedene Gründe. 1915 war fast ein Drittel der Bevölkerung in der Türkei Christen. Durch den Genozid 1915 flohen viele Christen vor allem nach Syrien, in den Libanon, nach Südamerika und in die USA. Das Leben der christlichen Aramäer nach dem Genozid verbesserte sich aber nicht. So verschlechterte sich 1970/71 durch die Eskalation zwischen Kurden und Türken die Situation auch für die Christen. Ich gehöre zu den ersten syrisch-orthodoxen Christen, die 1971 vom Tur

Abdin nach Deutschland gekommen sind. Meine Eltern lebten damals schon als Gastarbeiter in Deutschland. Ich war noch in der Türkei und ging dort zur Schule. Damals eskalierte der Konflikt zwischen den Türken und den Kurden. Wir blieben zwischen den Fronten. Wir mussten uns entscheiden. Ich kam dann alleine mit 15 Jahren nach Deutschland. Nach dem Anwerbestopp für Gastarbeiter in Deutschland konnten die syrisch-orthodoxen Christen nur noch als Asylsuchende in die BRD kommen. Ich gehöre zu der ersten Gruppe, die noch als Gastarbeiter kam. Nach 1975/76 kamen dann weitere syrisch-orthodoxe Christen als verfolgte Flüchtlinge aus der Türkei nach Deutschland, weil es im Tur Abdin keine Lebensmöglichkeiten mehr gab. Damals hat jeder sein Hab und Gut – wie man so sagt – für einen Appel und ein Ei verkaufen müssen und ist nach Deutschland gekommen.

Yalcin: Meine Familie ist Ende der 1980er Jahre geflüchtet. Ich war damals zehn Jahre alt und kann mich noch an Einiges erinnern. Der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen PKK war deutlich zu erkennen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass man damals ab 18 Uhr zu Hause sein musste. Hubschrauber flogen über unsere Dörfer im Tur Abdin. Der Krieg war präsent, aber als Kind nimmt man das ganz anders wahr. Was es bedeutet, wenn aus Hubschraubern geschossen wird, das kann man sich als Kind nicht so richtig vorstellen.

Der Tur Abdin ist eine ländliche Gegend. Wie war damals das Zusammenleben in den Dörfern mit den Türken und Kurden?

Yalcin: Die meisten Dörfer waren von syrisch-aramäischen Christen bewohnt. Wir hatten aber auch Dorfbevölkerung, die andersgläubig waren: Yesiden und Moslems. Abends – daran erinnere ich mich – klopften Kurden, PKK-Kämpfer, an die Tür. Sie wollten etwas zu essen. Man

gab ihnen etwas, man musste es tun. Morgens kamen dann die türkischen Soldaten und sagten, ihr habt die Kurden unterstützt. Wir lebten also zwischen den Fronten. Wenn man die Tür nicht aufgemacht hätte, wäre man bedroht worden. Als Kind hat man Angst und ist traumatisiert von solchen Erfahrungen.

Mermertas: Ich komme aus Midyat. Midyat ist die Hauptprovinz vom Tur Abdin. Die Situation hatte sich so zugespielt. Nirgendwo in der Türkei gab es so viele Christen wie im Tur Abdin. Im Sommer war es so heiß, dass wir draußen auf den Dächern geschlafen haben. Jeden Tag kamen täglich mehr als 200 bewaffnete Personen ab sechs Uhr und haben unsere Stadt beschossen. Wir durften nicht mehr draußen schlafen, das war zu gefährlich. Wir mussten drinnen schlafen in der Hitze. Das Leben wurde immer gefährlicher, da mussten wir gehen. Dann bin ich nach Deutschland gekommen. Tur Abdin wurde immer leerer von Christen. Damals sprachen wir von mehr als 20.000 syrisch-orthodoxen Christen. Heute leben dort nur noch etwa 2.200 Christen im ganzen Tur Abdin.

In der Türkei waren Sie schon eine Minderheit und nun leben Sie hier in Nordrhein-Westfalen und gehören auch zu einer Minderheit.

Wie ist das Leben hier in NRW?

Mermertas: Minderheiten bleiben Minderheiten, egal wo. Wenn ich die Anfänge in Deutschland betrachte, dann haben wir vor 45 Jahren noch darauf geschielt, wieder zurückzugehen. In den 1980er Jahren gab es dann keine Hoffnung mehr auf eine Rückkehr. Wir sind zwar nach Deutschland gekommen, aber nicht angekommen. Die meisten in Deutschland haben uns als Türken angesehen. Aramäer war ein Fremdwort. Integration war kein Thema damals. Wir sind in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen. Es hat enorm viel Zeit und Kraft gebraucht, bis wir in Deutschland integriert waren. Wobei ich unterstreichen muss, die Aramäer haben alles gegeben, um sich zu integrieren. Vor allem in den 1990er Jahren war an eine Rückkehr in die Heimat nicht mehr zu denken. Da haben sich viele von uns dann einbürgern lassen.

Integration ist ein langer Prozess.

Wie haben Sie das erlebt?

Mermertas: Unsere erste Anlaufstelle waren die Kirchen. In Herne, Wanne-Eickel, wo ich herkomme, war das die Laurentiuskirche. Da haben wir erste Kontakte geknüpft. Da haben wir Unterstützung bekommen für Taufen, Firmungen. Am Anfang waren wir Gäste in den evangelischen und katholischen Gemeinden. Bis 1972 hatten wir keine eigenen Pfarrer. Erst dann gab es einen Pfarrer für ganz Deutschland. Ein Gottesdienst fand nur einmal im Monat statt. 1975/76 haben sich dann auch im Kreis Gütersloh, Paderborn, Ahlen syrisch-orthodoxe Christen an-

gesiedelt. 1979 wurde ein erster Pfarrer in NRW tätig. Die Zuwanderung nach Ostwestfalen geschah insbesondere als Familienzusammenführung, und man ging natürlich dahin, wo schon andere Familienangehörige waren. So hat es sich entwickelt, dass jetzt in Ostwestfalen mehr syrisch-orthodoxe Christen sind.

Wie war das, als Sie sich als syrisch-orthodoxe Christen organisiert haben? Sie hatten ja nicht sofort eine eigene Kirche?

Mermertas: Die erste Kirche wurde 1979 in Ahlen gegründet, zeitgleich mit der Diözese von Mitteleuropa. In NRW zählen wir mittlerweile 16 Gemeinden, viele mit eigenen Kirchen. Es sind insgesamt etwa 23.000 Mitglieder in NRW. Wir sehen eine grundlegende Etablierung unseres Glaubens und unserer Kultur hier in NRW. Unsere Kontakte zu den Schwesternkirchen in Westfalen sind seit vielen Jahren gut. Wir sind Mitglied der ACK auf lokaler Ebene und in NRW. Viele Kirchen, die wir erbaut oder erworben haben, waren nur mit Unterstützung der Schwesternkirchen realisierbar. Wir haben gute Kontakte zur Präses, haben mehrere Studienreisen in den Tur Abdin gemacht, werden auch unterstützt, beispielsweise bei Besuchen von unseren Bischöfen. Der in Syrien entführte Erzbischof Gregorios Yohanna Ibrahim war kurz vor seiner Entführung zu Besuch in Deutschland bei der evangelischen Kirche und hat ein Interview gegeben zur Lage der christlichen Kirchen im Orient. Zusammengefasst gesagt sind die Kontakte zu den Schwesternkirchen sehr gut.

Ihre Kinder wachsen hier in Deutschland auf, sie sprechen Deutsch. Die Gottesdienstsprache ist aber Aramäisch. Wie kommt das bei jungen Leuten an?



Adnan Mermertas

Foto: Thomas Krieger

Yalcin: Heute sprechen wir von der dritten und vierten Generation. Ich unterrichte mittlerweile die Kinder meiner Schüler. Der Religionsunterricht findet in der deutschen Sprache statt. Ich traue mich nicht, aber ich möchte das trotzdem sagen. Die aramäische Sprache ist doch eine Fremdsprache geworden für die Schülerinnen und Schüler. Die Familien können die Sprache gar nicht mehr selbst. Wir unterrichten das Altaramäische nachmittags in unseren Gemeinden. Es ist kompliziert eine andere Sprache und gleichzeitig eine andere Schrift zu lernen.

Herr Mermetas, Sie haben ein Buch geschrieben über Ihre Erfahrungen – der Titel lautet „Grenzüberschreitungen“. Was heißt Grenzen überschreiten für Sie – auch heute noch?

Mermertas: Nach 40 Jahren ehrenamtlicher Arbeit bin ich zusammen mit Dr. Gerog Bubolz auf die Idee gekommen, darüber ein Buch zu schreiben. Mein Buch ist autobiografisch. Die Grenzüberschreitungen fangen beim Genozid an, gehen über die Flüchtlingswellen in den 1970er, 80er und 90er Jahren. Da geht man über Grenzen im wörtlichen Sinne, aber auch über Grenzen, wo man seine

Identität, seine Heimat, seine Sprache und Kultur aufgeben, überschreiten muss. Man kommt in ein neues Land, wo alles neu für einen ist. Da muss man wieder neue Grenzen überschreiten: Sprache, Kultur. Das Ziel war, ein Buch zu schreiben für die dritte und vierte Generation, weil sie nicht erlebt haben, wo ihre Großeltern herkommen. Warum haben sie ihr Land verlassen? Mit welchen Schwierigkeiten haben sie gelebt? Wenn sie das nicht erfahren, wissen sie nicht, woher wir kommen. Der Tur Abdin ist für mich immer noch eine Heimat, aber die dritte und vierte Generation kennt das gar nicht mehr. Deswegen war das eine Brücke, um zu zeigen, wo unsere kulturelle Heimat ist. Also ist mein Buch auch soweas wie eine Grenzüberschreitung zwischen den Generationen, zwischen Ländern, zwischen Kulturen, zwischen Sprachen. Was ist Heimat? Und nimmt man seine Heimat mit? Das sind alles Punkte, die erwähnt werden.

Vielen Dank für das Gespräch. ☺

ⓘ Literaturhinweis: Mermatas, Adnan: Grenzüberschreitungen. Ein syrisch-orthodoxer Christ zwischen Orient und Okzident, Wanne-Eickel, 2014. ISBN 9789050470438

Toleranz auf Türkisch

Eine Zwischenbilanz nach mehreren Jahren im Auslandspfarrdienst in Istanbul

Von Ursula August

Seit 1843 existiert die evangelische Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei. Sie wurde als „Migrantengemeinde“ gegründet, als Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Lage ein Auswanderungsland war. Mitte des 19. Jahrhunderts kamen deutschsprachige Handwerker nach Istanbul und in den 1830er sowie 40er Jahren siedelten sich auch deutsche Kaufleute an. Der Bau der Bagdad-Bahn bot neue Verdienstmöglichkeiten. Hinzu kamen Angehörige des diplomatischen Dienstes und des Militärs. Mit der zunehmenden Zahl deutscher Migranten gingen Gründungen deutschsprachiger Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Institute und Stiftungen einher. Im 20. Jahrhundert waren es Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland, später auch deutsche Frauen und Männer, die „in die Türkei heirateten“. Entsandte deutscher Firmen und internationaler Banken und ihre Familien prägen bis heute das Gemeindebild. Dazu kommen Künstler, Medienvertreter und Studierende der internationalen Hochschulprogramme.

Anfänglich erlangte die Gemeinde den Status einer semiautarken Religionsgemeinschaft, deren innere Verwaltung sowie rechtliche und religiöse Angelegenheiten nicht der osmanischen Regierung unterlagen. Die preußische Gesandtschaft übernahm den Schutz über die Gemeinde. Ein „Ferman“ des Sultans ermöglichte den Bau einer eigenen Schule, eines Krankenhauses und der Kirche. Nach 1923 und erneut nach dem Zweiten Weltkrieg geriet die Gemeinde in eine rechtliche Grauzone, die bis heute anhält. Sie hat keinen eigenen Rechtsstatus. Den-

noch gehört diese Gemeinde zum festen Bestandteil der kirchlichen Landschaft in der Türkei. Manche nennen sie eine „historische protestantische Kirche in der Türkei“, andere „Ausländergemeinde“.

Die „Alman Protestan Kilesesi“ steht auf der Einladungsliste der Regierung und der Bürgermeister zu kulturellen, politischen oder religiösen Veranstaltungen, wie zum Beispiel beim Iftah-Essen im Ramadan. In der Selbstvorstellung der Stadt Istanbul ist die Kreuzkirche als „Gebets-

stätte“ aufgelistet. Sie gilt als Ort der kulturellen und künstlerischen Begegnung. Der „interreligiöse“ Dialog mit dem Islam gestaltet sich auf verschiedenen Feldern: bei Besuchen zwischen Kirche und nahegelegenen Moscheegemeinden, bei Einladungen in der Nachbarschaft anlässlich religiöser Feste, im Austausch von Erasmusstudiierenden mit muslimischen Studierenden der theologischen Fakultäten des Landes, in der seelsorgerlichen Begleitung bei Kasualien in interreligiösen Ehen und Familien.



Die Kirche der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei.

Foto: MAVIBLAU

Zum 150-jährigen Bestehen der Kreuzkirche sagte der Bürgermeister des Istanbuler Stadtteils Beyo lu in seiner Ansprache: „Moscheen, Kirchen und Synagogen, diese prachtvollen Gotteshäuser stehen überall in diesem Viertel der Toleranz Rücken an Rücken, Schulter an Schulter. Dazu gehört auch die Kreuzkirche.“ Im Leitbild der Gemeinde heißt es: „Wir wollen mit anderen gemeinsam ‚der Stadt Bestes suchen‘, den christlichen Wertekanon und das Menschenbild kooperativ mit den säkularen Werten einer zivilen Gesellschaft ins Gespräch bringen und uns für Menschenrechte, Frieden und religiöse Toleranz einsetzen.“

Die evangelische Gemeinde profitierte ganz sicher auch von der Religionspolitik in den beiden ersten Perioden der Regierungspartei AKP. Immer wieder wurde auf die individuelle Religionsfreiheit und die Religionscharta des Europarates verwiesen. Bis zu den Präsidentschaftswahlen 2014 arbeitete ein im Oktober 2011 gegründeter parteiübergreifender Ausschuss an einer neuen Verfassung, die auch veränderte Rechte für die nicht-muslimischen Minderheiten vorsehen sollte. Der ökumenische Patriarch Bartholomaios I. sprach vor dem Ausschuss und dem Parlament aus, was auch andere Kirchen fordern, nämlich ein Ende der Diskriminierung im gesellschaftlichen und beruflichen Leben, insbesondere durch die Benachteiligung bei der Anstellung im öffentlichen Dienst sowie die Umsetzung des Völkerrechtsvertrages, der Religionscharta des Europarates und der Menschenrechtskonvention. Er forderte ferner das Recht, Geistliche in eigenen Ausbildungsstätten beispielsweise im seit 1971 und gegenwärtig noch immer geschlossenen Priesterseminar auf der Insel Hebeysiada ausbilden zu können sowie eine Klärung der Rolle des Amtes für religiöse Angelegenheiten („Diyanet“).

Im Folgenden wurde mit einem Erlass von August 2011 die Rückgabe der beschlagnahmten und verkauften Im-

mobilien aus dem Jahr 1936 an die im Land rechtlich anerkannten christlichen Kirchen begonnen. Es kam auch vereinzelt zu Wiedereinweihungen von Kirchen. Die Städtebauplanung wurde dahingehend geändert, dass z.B. der Satz „Bau einer Moschee“ in „Bau einer Gebetsstätte“ geändert wurde. Christen mussten nicht mehr am neu eingeführten Islamunterricht der staatlichen Schulen teilnehmen. Ein neues christliches Schulbuch für den eigenen Religionsunterricht aller christlichen Denominationen wurde erarbeitet. In der öffentlichen Diskussion bewegte sich viel; dabei wurde auch immer wieder die Frage gestellt, wie das Verhältnis von Staat und Religion sich gestalten sollte. Soweit so gut.

Fünf Entwicklungen aber seien aufgezeigt, die in den Jahren nach 2015 auch andere Auswirkungen auf die christlichen Gemeinden hatten:

1. Im Juni 2015 gelang es der AKP nicht, die absolute Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Eine Koalitionsregierung stand an. Angemerkt sei, dass bei diesen Wahlen zum ersten Mal seit Jahrzehnten christliche Abgeordnete für alle Parteien ins Parlament einzogen. Schließlich erlaubte es die türkische Verfassung dem Präsidenten Neuwahlen einzuberufen, weil es nach der Wahl nicht rechtzeitig gelang, eine Regierungskoalition zu bilden. Zum Zeitpunkt der Neuwahlen, am 1. November, war die Atmosphäre im Land bereits angespannt und polarisiert. Letzten Endes gewann die AKP wieder die Mehrheit im Parlament. Unmittelbar nach dem Wahlsieg verkündigten der Präsident und die AKP, dass die neue Verfassung ihre höchste Priorität sei, auch mit der Einführung eines neuen Präsidialsystems. Damit einher ging der allmähliche Abbau des türkischen Säkularismus, der 1923 von Kemal Atatürk eingeführt worden war. Mit dem Referendum vom 16. April 2017, das im Übrigen am christlichen Osterfest stattfand, wurde der Weg für die präsidiale Verfassungsreform geebnet. Was diese für die

Existenz und das Leben der christlichen Gemeinden bedeutet, ist noch nicht ausgemacht. Seit den Wahlen im November 2015 kam es auch zu einer tiefgreifenden Zensur gegenüber den Medien in der Türkei. Die Presse- und Medienfreiheit wurde extrem eingeschränkt. Über 140 Journalisten sind momentan inhaftiert. Eingestellt wurden auch Produktionen christlicher Medien.

2. Der Aufstieg des IS im benachbarten Syrien und im Irak hatte auch Auswirkungen auf die Türkei. In den Medien erschienen Berichte über IS-Zellen, die in der gesamten Türkei operieren, auch über IS-Rekrutierungsstellen auf türkischem Gebiet sowie über die Behandlung verwundeter IS-Kämpfer in türkischen Krankenhäusern. Andererseits bekannte sich die Regierung zur Allianz im Kampf gegen den sogenannten 'Islamischen Staat' und führt bis heute militärische Operationen in Syrien durch. Dass der IS auch gegen die Türkei operiert, macht eine Reihe von Bombenanschlägen deutlich, denen seit Juli 2015 Dutzende Menschen zum Opfer fielen, nicht zuletzt beim Anschlag auf eine deutsche Touristengruppe im Januar 2016 in Istanbul. In die seelsorgerliche Begleitung der Opfer und ihrer Familien waren auch die deutschsprachigen Kirchengemeinden eingebunden.

Die Tatsache, dass der IS in der Türkei auch gegen christliche Gemeinden aktiv ist, erhielt im August 2015 eine weitere Bestätigung: Gegen 15 türkisch-protestantische Gemeinden und ihre Leiter ergingen scharfe Todesdrohungen seitens des IS via Facebook, E-Mail, Webseiten und Handy.

3. Als im Juli 2015 bei einem Bombenanschlag in Suruç an der türkisch-syrischen Grenze viele Menschen, mehrheitlich Kurden, getötet wurden, stoppte auch der Friedensprozess, der seit den 1990er Jahren angelaufen war. Die Kämpfe begannen erneut. Die Luftwaffe bombardiert wieder kurdische Standorte in der Türkei und im Irak. Die Antwort sind Anschläge in türkischen Großstädten und auf Militär und Polizei. Besonders im Süd-Osten der Türkei, wo die Mehrheit der syrisch-orthodoxen Christen lebt, ist Reisen äußerst unsicher geworden. Die dort verbliebenen aramäischen Gemeinden werden in dem neu aufgeflammt Bürgerkrieg zerrieben. Ein erneuter Exodus beginnt. Erschwert werden auch Besuche bei dort ansässigen Gemeindemitgliedern der deutschen Kirchengemeinde.

4. Der gescheiterte Putschversuch vom 15. Juli 2016 und die darauf folgenden Maßnahmen der Regierung haben den türkischen Staat und die türkische Gesellschaft erschüttert. Der Putschversuch wird als der jüngste Versuch der Gülen-Bewegung, die Kontrolle im Staat zu übernehmen, dargestellt. Christliche Minderheiten gerieten dabei in den Verdacht, die Gülenbewegung und diesen Putsch unterstützt zu haben. Türkische Medien berichteten über Kontakte christlicher Gemeinden zur Gülenbewegung, der Ökumenische Patriarch wurde der Kollaboration bezichtigt. Aufgrund eines Fotos aus

den 1990er Jahren, das in der Zeitschrift „Aksam“ den ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. mit Fethullah Gülen zeigte, bezeichnete der Nachrichtenredakteur Emre Diner die gescheiterte Erhebung von Teilen der türkischen Streitkräfte als "Werk der Gülen-Terroristen, des CIA und des griechisch-orthodoxen Patriarchats in Istanbul". Weitere christliche Gemeinden, die Kontakte zu Europa und den USA hatten, gerieten in den Verdacht, auf Grund des Schutzes für die "Terroristen der Gülenbewegung in Europa und in den USA" in den Militärputsch verwickelt zu sein.

5. Christliche Minderheiten erleben auch in den Schulen und bei der Berufsausübung Benachteiligungen. Der schulische Lehrplan enthält seit mehr als 2 Jahren verpflichtend Islamischen Religionsunterricht und Ethik ab der ersten Klasse. Der europäische Gerichtshof hat für die Curricula Nachbesserungen gefordert, weil der Religionsunterricht vor allem sunnitisch dominiert und wenig pluralistisch sei. Nicht-Muslime stehen offen, sich davon befreien zu lassen. Kirchengemeinden berichten, dass immer wieder Schüler, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, durch Lehrer diskriminiert werden. Außerdem können Schüler die Punkte, die sie im Islamunterricht für den Schulabschluss erwerben, im Bewerbungsprozess an Universitäten nutzen. Zudem gibt es Beschwerden über die abfällige Darstellung von Minderheiten in Lehrbüchern. Mitglieder christlicher Gemeinden haben kaum Zugang zu staatlichen Anstellungen. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Ausweis festgehalten wird, ist es sehr leicht, christliche Antragssteller/Bewerber zu identifizieren. Manchmal wird ausländischen christlichen Arbeitern die Erneuerung ihres Visums oder ihrer Aufenthaltserlaubnis ohne Begründung versagt.

Allerdings sei auch das erwähnt: mit der Flüchtlingsbewegung aus Syrien sind auch viele syrisch-orthodoxe Christen in die Türkei gekommen. Die türkische Regierung unterstützt die inländischen syrisch-orthodoxen Gemeinden nicht nur finanziell bei deren Projekten in der Flüchtlingsarbeit. Die katholische Caritas ist mittlerweile in der Türkei als Nicht-Regierungs-Organisation offiziell anerkannt. Und immer noch gratuliert der Bürgermeister von Istanbul-Beyoglu den christlichen Gemeinden zum Oster- und Weihnachtsfest, schickt auch der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache Geschenke für die Kinder und Jugendlichen.

Was die christlichen Gemeinden gegenwärtig u.a. bewegt, sind die folgenden Fragen: Wie wird der christlich-islamische Dialog in der Türkei in Zukunft aussehen? Wer sind die verlässlichen Dialogpartner? Wie kann die Seelsorge in interreligiösen Familien gestaltet werden? Welche Bildungsmöglichkeiten gibt es für Christen in der Türkei? Welche Formen der Seelsorge können sie in Krankenhäusern und Gefängnissen für ihre eigenen Gläubigen vorhalten? Und vor allem: Wie wird ihr Rechtsstatus in einer neuen türkischen Verfassung aussehen? ☺

Tätowiertes Kreuz auf dem Unterarm

„Wir sind eine Kirche der Märtyrer“.

Zur Situation der koptischen Christen in Ägypten

Von Christian Hohmann

In der Koptisch-Orthodoxen Kirche gelten zwei Zeitrechnungen: die allgemeine christliche Zeitrechnung und eine Zeitrechnung, die zurückgeht auf das Jahr 284. Damals übernahm der römische Kaiser Diokletian die Herrschaft über das römische Imperium und für die Christen in Ägypten begann damit eine grausame Zeit der Verfolgung, der schätzungsweise 800.000 Christen zum Opfer fielen. Das war der Anfang der „Ära der Märtyrer“, wie diese Zeitrechnung in der koptischen Kirche genannt wird. Die schrecklichen Terroranschläge gegen koptische Christen am diesjährigen Palmsonntag bestätigen diese Sicht auf die Geschichte bis heute.



An Palmsonntag 2017 detonierte während des Gottesdienstes in der St. Georg-Kirche in Tanta im Nildelta ein Sprengsatz. Dabei wurden nach Angaben der Behörden mindestens 27 Menschen getötet. 78 Gläubige erlitten zum Teil schwerste Verletzungen. Nur wenige Stunden später sprengte sich vor der St. Markus-Kirche in der Hafenstadt Alexandria ein Attentäter in die Luft. Kurz zuvor hatte der koptische Papst Tawadros II. die St. Markus-Kirche verlassen, nachdem er mit den Gläubigen die Psalmsontagsliturgie gefeiert hatte. Während das Oberhaupt der Koptisch-Orthodoxen Kirche unverletzt blieb, starben mindestens 17 Gläubige. 41 Menschen wurden bei diesem Anschlag verletzt. Der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) bekannte sich zu beiden Anschlägen und drohte mit weiteren Anschlägen gegen koptische Christen. Präsident Abdel Fattah al-Sissi verhängte daraufhin den Ausnahmezustand in Ägypten.

Im Februar 2017 besuchte eine Gruppe evangelischer und katholischer Christen unter Leitung von Bischof Anba Da-

mian aus dem Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter-Brenkhausen die Koptisch-Orthodoxe Kirche in Ägypten. Auf dem Programm dieses Solidaritätsbesuches standen auch die sehr alten Wüstenklöster im Wadi Natrun sowie die beiden ältesten christlichen Klöster aus dem 4. Jahrhundert südöstlich von Kairo und unweit des Golfs von Suez: das St. Pauluskloster und das St.-Antoniukloster. Vor dem Antonius-Kloster sah ich einen Militärjeep mit Sicherheitskräften. Angriffe auf Klöster hat es auch schon in früheren Jahrhunderten gegeben. Damals waren es meistens Beduinenstämme, die die einsam gelegenen Wüstenklöster überfielen. Deswegen sind die Klöster von hohen Schutzmauern umgeben. Große Tore schützen den Eingang ins Kloster. Früher gab es nur die Möglichkeit, mit Hilfe einer Winde und eines daran befestigten hölzernen Brettes, auf das man als Besucher steigen musste, ins Kloster zu gelangen. Jedes dieser alten Klöster hat in der Mitte der Klosteranlage einen Festungsturm mit einem hölzernen Zugang, der bei Gefahr oder Überfällen wie eine Zugbrücke hochgezogen werden konnte. Die Mönche blieben solange die Gefahr bestand im Festungsturm. Dort gab es Vorräte und Schlafgelegenheiten, aber auch Kirchen und kleinere Kapellen für die monastischen Gebetszeiten und Gottesdienste.

Doch in Zeiten des IS-Terrors ist die Lage für die koptischen Christen in Ägypten viel bedrohlicher geworden. Daran hat auch der Sturz des islamistischen Präsidenten Mursi 2014 faktisch kaum etwas geändert. Damals richteten sich die Hoffnungen vieler Christen auf Präsident Abdel Fattah al-Sissi, der mit deutlicher Härte gegen die Muslimbrüder vorging und am 6. Januar 2015 den koptischen Weihnachtsgottesdienst in der St.-Markus-Kathedrale gegenüber dem Sitz des koptischen Papstes besuchte. Es war das erste Mal, dass ein ägyptischer Präsident einen koptischen Gottesdienst an Weihnachten besuchte und auch zu den Gläubigen sprach. Doch seit seiner Präsidentschaft hat sich die Menschenrechtslage in Ägypten dramatisch verschärft, Oppositionelle werden verfolgt und Nichtregierungsorganisationen unter Druck gesetzt. Für die koptischen Christen, die heute etwa knapp sieben bis neun Prozent der ägyptischen Bevölkerung ausmachen, hat sich die Lage nicht wirklich verbes-



sert. Allein die Angriffe auf koptische Kirchen in den letzten Jahren zeigen, dass der Schutz koptischer Einrichtungen unzureichend ist. Eine Strafverfolgung fehlt ebenso wie ein verlässlicher Schutz kirchlicher Einrichtungen. Der ägyptische Staat scheint nicht in der Lage zu sein, sie vor der Bedrohung durch den sogenannten „Islamischen Staat“ zu schützen.

In der Kirche St. Peter und Paul, die sich direkt neben der St. Markus-Kathedrale befindet, sind die heftigen Auswirkungen des verheerenden Anschlags vom 11. Dezember 2016 noch zu sehen: Einschläge an Stützpfilern und Wänden bis in den Altarbereich. Neue Holztüren wurden inzwischen eingesetzt. Auch das Dach, das durch die Druckwelle nach oben weggerissen wurde, ist erneuert worden. Damals starben 29 Menschen durch die Tat eines Selbstmordattentäters. Er hatte zuvor angebliches Interesse am Christentum gezeigt. Draußen im Vorhof der Kirche ist an einer Wand das Blut der Menschen zu sehen, die hier verletzt wurden oder gestorben sind. Eine Plexiglas-Scheibe schützt diese Stelle. Dahinter befinden sich kleine Zettel, vermutlich mit Gebetsbitten für die Opfer des Anschlages. Die meisten waren Frauen oder Mädchen. Ihre Gesichter sind auf einem großen Poster unweit daneben zu finden.

„Wir sind eine Kirche der Märtyrer“, betont Bischof Anba Damian immer wieder. Diese Erfahrung habe die Koptische Kirche in Ägypten gestärkt, sich nicht zu verstecken. Viele koptische Christen tragen ein eintätowiertes kleines Kreuz auf dem Unterarm. Es ist ein Zeichen dafür, dass sie sich bewusst zu ihrem Glauben bekennen und das Kreuz als Segen, aber auch als Bekennnis und Schutz verstehen. „Menschen werden nicht als Terroristen geboren“, stellt Bischof Damian klar. Was sie zu Terroristen macht, sind Ideologien und religiöse Indoktrination. Darüber spricht auch Papst Franziskus in seiner Predigt beim Gottesdienst im Air Defense Stadion in Kairo am zweiten Tag seines offiziellen Ägyptenbesuches am 29. April 2017: „Der echte Glaube lässt uns die Rechte der anderen mit der gleichen Kraft und Begeisterung schützen, mit denen wir unsere eigenen verteidigen.“

Ägypten ist ein mehrheitlich vom sunnitischen Islam geprägtes Land. Der Islam gilt als Staatsreligion, und die Rechtsprechung des Landes beruht im Wesentlichen auf den Prinzipien der Scharia. Aber Kopten sind Ägypter, und darauf sind sie stolz. Sie sehen ihre Verantwortung für die Gestaltung der ägyptischen Gesellschaft. Insbesondere engagieren sie sich im Bildungsbereich, um das Problem des Analphabetismus zu überwinden und um Menschen Zukunftschancen zu ermöglichen, die aus sehr armen Familien stammen.

Das Anaphora-Zentrum der Koptischen Kirche liegt an der Autobahn, die von Kairo nach Alexandrien führt, und in unmittelbarer Nähe zum Wadi Natrun mit seinen berühmten Wüstenklöstern. Anaphora besticht durch seine Einfachheit und Schönheit. Eine blühende Oase und ein

Tagungszentrum mitten in der Wüste. Neben einem Bibeldorf und einem Zentrum für traumatisierte Mädchen und junge Frauen gibt es hier ein berufsbildendes Ausbildungszentrum und Öko-Landwirtschaft. Freiwillige aus der ganzen Welt arbeiten hier mit Menschen zusammen, die aus der ärmsten Region Ägyptens, aus Oberägypten stammen. Dort liegt das Bistum von Bischof Thomas. Es sind vor allem junge Frauen und einige Männer, die hier eine Ausbildung erhalten, um damit ihren Familien helfen zu können. „Hinter jedem Mädchen steht eine Geschichte“, sagt Bischof Thomas leise und fährt fort: „In jedem Menschen sollten wir Gottes Schönheit entdecken und mit diesem Bewusstsein andere Menschen aufrichten.“

Und er ergänzt: „Wir bilden auch Führungskräfte aus, um unsere Gesellschaft zu verändern.“ Denn Ägypten leidet unter Armut, Analphabetismus und unter einer hohen Arbeitslosigkeit, wozu auch der massive Einbruch des Tourismus im Zuge wiederholter Terroranschläge geführt hat. Anafora setzt hier ein bewusstes Gegengewicht und ermutigt koptische Christen, in Ägypten zu bleiben und Verantwortung für die Zukunft ihres Landes zu übernehmen. Doch solange koptische Christen nach wie vor als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, ist es für viele von ihnen schwer, sich ihre weitere Zukunft in Ägypten vorzustellen – noch dazu bedroht durch wiederholte grauenvolle Terroranschläge. „Warum gibt es keine Kopten in der ägyptischen Botschaft oder bei Egypt Air“, klagt Bischof Damian und fragt dann: „Welchen Anteil haben Christen in öffentlichen und staatlichen Ämtern? Was bedeutet es, dass die Koptisch-Orthodoxe Kirche keine öffentlichen Gelder zur Unterstützung ihrer Arbeit erhält?“ Papst Franziskus erklärt bei seinem Besuch in Ägypten gemeinsam mit Papst Tawadros II.: „Wir teilen die Sorge um das Wohlergehen und die Zukunft Ägyptens. Alle Mitglieder der Gesellschaft haben das Recht und die Pflicht, vollgültig am Leben des Landes teilzunehmen, indem sie die volle und gleiche Staatsbürgerschaft genießen und am Aufbau des Landes mitarbeiten.“

Man kann nur hoffen, dass diese Worte von den politisch Verantwortlichen in Ägypten gehört werden. Nicht weniger wichtig scheint mir aber, dass wir von Deutschland aus den Kontakt zu den koptischen Christen in Ägypten vertiefen und fördern, Begegnungen suchen und Möglichkeiten des Austausches schaffen. Die vielen Begegnungen im Bereich der Evangelischen Kirche von Westfalen mit dem Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter-Brenkhausen zeigen, wie wichtig diese ökumenische Zusammenarbeit für beide Seiten ist. ☺

Literaturhinweise:

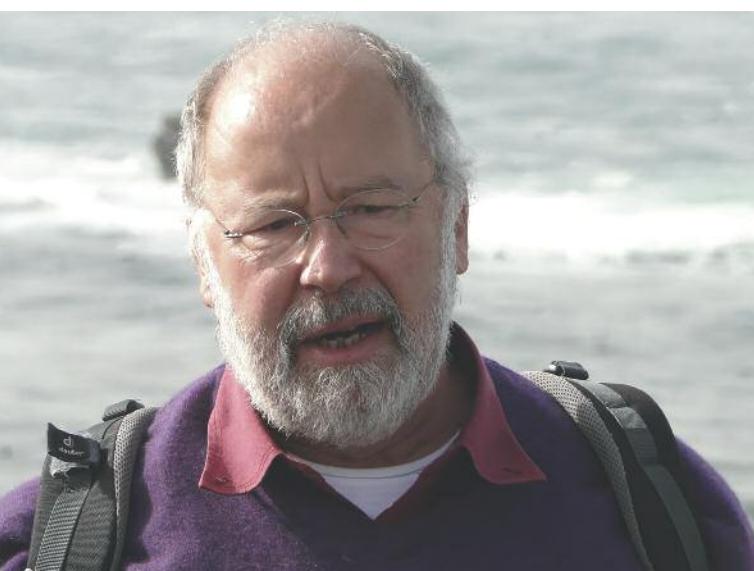
- Michael Hesemann, Jesus in Ägypten. Das Geheimnis der Kopten, Herbig-Verlag, München 2012
Karl Pingéra (Hg.): Christentum im Schatten von Pyramiden und Minaretten. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der Koptischen Kirche, Hofgeismarer Protokolle 348, Evangelische Akademie Hofgeismar 2009

Israel schränkt Grundrechte mehr und mehr ein

Rainer Stuhlmann: Ohne interreligiösen Dialog gibt es keine Lösung im Israel-Palästina-Konflikt

Von Christian Hohmann

Die Situation der Christen im Nahen Osten ist dadurch bestimmt, dass sie eine Minderheit darstellen, die eine jeweils eigene Geschichte ihrer Entstehung und Präsenz im heutigen Staat Israel und in den Palästinensergebieten in Ostjerusalem, in Gaza und in der Westbank haben. In Israel sind sie die Minderheit einer Minderheit in einem überwiegend jüdischen Staat. In den Palästinensergebieten sind sie in der Regel eine Minderheit in einem überwiegend vom Islam geprägten Alltag. Die meisten Pilger und Touristen, die in beide Regionen kommen, haben zumeist das Ziel, die biblischen Orte aufzusuchen oder sich auf die Spuren des Lebens Jesu zu begeben. Sie begegnen Christen und Kirchen in Israel und Palästina, die das gesamte konfessionelle Spektrum auf kleinstem Raum darstellen und die gleichzeitig in unterschiedlich geprägten Lebenswelten in Israel und Palästina leben bzw. leben müssen. Christian Hohmann sprach mit Pfarrer i.R. Dr. Rainer Stuhlmann, ehemaliger Studienleiter in Nes Ammin (2011–2016), über die Situation der Christen in Israel und den palästinensischen Gebieten.



Rainer Stuhlmann

Foto: Privat

In den fünf Jahren als Studienleiter in Nes Ammin sind Sie immer wieder mit den Freiwilligen in Nes Ammin durch Israel und Palästina gefahren, um mit Menschen in ganz unterschiedlichen Situationen ins Gespräch zu kommen. Spielte dabei das Thema der Abwanderung von Christen aus Israel und Palästina eine erkennbare Rolle?

Stuhlmann: Das war Thema vieler Gespräche, weil es für die Kirchen in Nahost ein bedrängendes Problem darstellt. Sie haben den Eindruck, dass die europäischen Christen das nicht genügend beachten.

Haben Sie etwas über die Gründe erfahren können, warum Christen die Region verlassen? Betrifft diese

Abwanderung vor allem Christen aus den besetzten Gebieten? Welche Kirchen sind davon am meisten betroffen?

Stuhlmann: Die Gründe sind vielfältig und in den Palästinensischen Gebieten andere als in Israel und noch einmal andere in den arabischen Staaten. In Ägypten, Syrien und Irak zum Beispiel gibt es blutige Christenverfolgungen. Es werden nicht nur Kirchen zerstört, sondern Menschen sind an Leib und Leben durch fanatische Moslems bedroht. Davon kann in Israel und in den Palästinensischen Gebieten nicht die Rede sein. Dementsprechend ist die Abwanderung von arabischen Christen aus den Palästinensischen Gebieten prozentual erheblich geringer als aus den arabischen Staaten und noch einmal geringer aus Israel. Vor allem in akademisch qualifizierten Berufen steht der Arbeitsmarkt Palästinensern in Israel nicht genügend offen. In den besetzten Gebieten ist die Arbeitsmarktsituation noch viel bedrängender. Hinzu kommen viele Schikanen, die in der Besatzung ihre Ursache haben.

Gleichzeitig kommen in den letzten Jahren zunehmend evangelikale Missionare und Bewegungen nach Israel und Palästina. Wie haben Sie das erlebt, was bedeuten diese neuen Formen christlicher Präsenz für die traditionellen christlichen Gemeinden und Kirchen in Israel und Palästina?

Stuhlmann: Die meisten kommen mit einem „apokalyptischen Fahrplan“ in der Tasche. Sie glauben, dass nach der Gründung des Staates Israel die Ankunft des Messias nur noch dadurch aufgehalten wird, dass sich die Juden noch nicht zum Christentum bekehrt haben. Dazu wollen sie beitragen. Politisch unterstützen sie darum kritiklos alle

Maßnahmen des Staates Israel, einschließlich der Besetzung und der Siedlungspolitik, machen sich die imperialistischen Landansprüche von jüdischen Siedlern zu Eigen.

Viele wussten, bevor sie ins Land kamen, gar nicht, dass es palästinensische Christen, sogar evangelikale Palästinenser gibt. Ihre Islamophobie verführt sie dazu, die Grenze zwischen Gut und Böse mit der Grenze zwischen Juden und Arabern zu ziehen. Manche wachen auf, wenn sich die Realität im Land gegen ihre abstrusen Bilder im Kopf durchsetzt. Viele sind unbelehrbar und stifteten im Land wie in der weltweiten Christenheit nichts als Unheil. Sie betreiben eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, auch auf Deutsch. Der Anteil der Deutschen unter diesen christlichen Apokalyptikern ist allerdings gering.

Der Ökumenische Rat der Kirchen organisiert ein ökumenisches Beobachterprogramm, um an den neuralgischen Punkten des Konflikts zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk, z.B. an den Checkpoints, zur Deeskalation beizutragen.

Stuhlmann: Das ist ein ganz wichtiger Dienst, der allerdings hohe emotionale Ansprüche stellt. Wer drei Monate lang die dunkelste Seite Israels, nämlich das tägliche Unrecht, das die Besatzung verursacht, miterlebt, ist dann oft kaum noch zu einer gerechten Beurteilung der politischen Situation fähig und in der Lage, der Versuchung zu widerstehen, Israel zu verteufeln. Ich habe allen Respekt vor diesen Menschen aus der weltweiten Christenheit, denen ich oft begegnet bin.

Viele Christinnen und Christen engagieren sich in verschiedenen Friedens- und Versöhnungsinitiativen oder im Dialog zwischen Israelis und Arabern oder Juden, Christen und Muslimen. Wie frei sind Christinnen und Christen, sich in Israel und in den Palästinensergebieten für Menschenrechte, für die Überwindung von Gewalt und Versöhnung einzusetzen?

Stuhlmann: So frei wie in keinem anderen Land der Region einschließlich dem NATO-Staat Türkei. Aber Israel will ja auch sonst nicht mit den Schurkenstaaten in seiner Nachbarschaft verglichen werden, sondern mit den westlichen Demokratien. Im Vergleich mit ihnen schneidet Israel von Jahr zu Jahr schlechter ab. Wie in den EU-Staaten Ungarn und Polen werden in Israel in letzter Zeit demokratische Grundrechte mehr und mehr eingeschränkt. Das bedauern auch viele jüdische Israelis.

Auch die palästinensischen Autonomiebehörden behindern und schikanieren solche Dialoggruppen. Ihr Programm heißt „Disnormalisierung“. Sie fürchten, dass durch Dialog der Status quo gefestigt wird und man sich an die Besetzung gewöhnt.

Meines Erachtens ist aber Dialog der einzige Weg, die Situation zu verbessern. Und im Gazastreifen gibt es schlicht keine Freiheiten. Und dafür ist nicht nur Israel verantwortlich zu machen.

Wie haben Sie während Ihrer Zeit in Nes Ammim die Zusammenarbeit mit Gemeinden und Kirchen in Deutschland erlebt? Wie werden die Christen im Nahen Osten Ihrer Beobachtung nach in Deutschland wahrgenommen? Welche Bedeutung haben Besuchs- oder Pilgergruppen aus Deutschland für die Gemeinden und Kirchen im sogenannten „Heiligen Land“?

Stuhlmann: Dass es palästinensische Christen gibt, ist schon für viele Christen in Deutschland eine Überraschung. Darum sind die Reisen ins Land so wichtig. Ängste sind völlig unbegründet. Auf dem Kölner Hauptbahnhof umzusteigen ist gefährlicher, als nach Israel und Palästina zu reisen. Und besucht nicht nur die „Heiligen Stätten“, sondern die Menschen. Sprecht mit ihnen auf beiden Seiten der Mauer! Und ladet Palästinenserinnen und Palästinenser ein, die in eurer Nachbarschaft leben und die in Palästina und Israel wohnen!

Worin sehen Sie die Aufgabe und Herausforderungen der Christen im Nahen Osten?

Stuhlmann: Auf zwei Ebenen leisten die Christen im Nahen Osten einen unschätzbar wichtigen Dienst: im ökumenischen und interreligiösen Dialog mit Muslimen und Juden und im politischen Dialog zwischen den verfeindeten Parteien in den vielfältigen Facetten des Nahost-Konflikts.

Vielen Dank für das Gespräch. ☺

ⓘ Literaturhinweis:

Rainer Stuhlmann; Zwischen den Stühlen. Alltagsnotizen eines Christen in Israel und Palästina, 2. Auflage 2015, Neukirchen-Vluyn, 155 Seiten.

„Wir machen den Unterschied, indem wir keine Unterschiede machen“

Katholikin Zreineh: Christen können Friedensbotschafter in der Welt sein

Kadra Zreineh ist in Deutschland aufgewachsen, lebt aber seit ihrem 16. Lebensjahr in Bethlehem. Dort arbeitet die katholische Christin für die evangelische Kirche. Zreineh, die mit einem orthodoxen Mann verheiratet ist, engagiert sich für Frieden und Versöhnung zwischen den Konfessionen. Pilger- und Besuchergruppen bringt sie nicht nur ihre palästinensische Kultur und Lebensweise nahe. Sie zeigt ihnen auch, wie sehr der ständige Siedlungsbau und das Vorrücken der israelischen Mauer das Leben der Palästinenser und Palästinenserinnen sowie die Entwicklung in den palästinensischen Gebieten erschwert. Wie Christen die Situation in dem Land erleben, darüber sprach Christian Hohmann mit ihr.



Kadra Zreineh in der Geburtskirche in Bethlehem.

Foto: Christian Hohmann

**Welche Erfahrung machen Sie heute als Christin,
die in Bethlehem und in Palästina lebt?
Was bedeutet es für Sie, im Ursprungsland
des Christentums beheimatet zu sein?**

Zreineh: Ich habe hier meine Mission erkannt: Als Christin in einer Minderheit im Land zu wirken, in dem ich meinen Glauben vorlebe, was nicht immer einfach ist. Aber ich kann stolz und dankbar sagen, dass Juden und Muslime noch heute auf uns deuten und sagen: Schaut mal, wie die Christen miteinander und mit uns umgehen: Wie damals zu Jesu Zeiten.

**Christliche Palästinenser und Palästinenserinnen
verlassen seit vielen Jahren ihre Heimat.
Worin sehen Sie die Hauptgründe für diese
Abwanderung?**

Zreineh: Wir Christen sitzen im Heiligen Land zwischen

mehreren Stühlen: Für Israel sind wir die Palästinenser und für Muslime sind wir die Christen, die ihre Kinder nicht zum Jihad (Kämpfen) schicken. Das hat auch zur Folge, dass man als Christ weniger Chancen hat, eine gute Arbeitsstelle zu finden. Also wandern die lieben Christen aus, um sich im „christlichen Europa“ – wenn man es heute noch so nennen kann – ein besseres Leben zu erhoffen, besonders die jungen Leute und Familien.

**Welche Folgen hat die Abwanderung für Sie in den
christlichen Gemeinden in Palästina? Und welche
Kirchen sind davon am meisten betroffen?**

Zreineh: Christen sind im Allgemeinen davon betroffen. Was die Kirchen betrifft, sind natürlich die Konfessionen betroffen, die in der Minderheit Minderheit sind, wie die evangelisch-lutherische Kirche, die syrische und die armenische Kirche. Ich sehe, wie intellektuelle Christen und Muslime, die den Frieden fördern könnten, auswandern und die Konservativen und Extremisten bleiben. Und ich soll mit ihnen Alltag und Beruf teilen. Manchmal denke ich, es ist eine Frage der Zeit, wann wir gehen werden.

**Christen bilden heute sowohl in Palästina als auch in
Israel zahlenmäßig eine Minderheit.**

**Ist die Minderheitensituation in beiden Regionen
vergleichbar oder doch sehr verschieden?
Wo liegen die Unterschiede?**

Zreineh: Die Situation ist auf alle Fälle sehr verschieden. In Israel sind die Bürger, die nicht Juden sind, nicht alle Staatsbürger. Die Christen, die 1948 bei der Gründung des Staates Israel bleiben konnten, sind israelische Staatsbürger mit Pass. Diejenigen, die 1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg nicht vertrieben worden sind, haben eine Aufenthaltsgenehmigung, die jederzeit annulliert werden kann. Sie bezahlen die gleichen Steuern, haben aber nicht unbedingt die gleichen Rechte. In Palästina sind wir Salz der Erde. Ohne uns Christen ginge es dem

Heiligen Land noch viel schlechter. Wir machen den Unterschied, indem wir keinen Unterschied machen. Unsere Organisationen helfen allen Menschen, ohne nach Religion oder politischer Richtung zu fragen. Andere helfen nur ihren Leuten.

Wenn man in Bethlehem wohnt, sieht man an vielen Stellen die israelische Mauer, die Israelis und Palästinenser voneinander trennt. Was bedeutet es für die Christen auf beiden Seiten, getrennt zu sein? Wie sieht es für die Christen auf beiden Seiten der Mauer aus, wenn sie z.B. Weihnachten in Bethlehem oder Karfreitag und Ostern in Jerusalem feiern wollen?

Zreineh: Die neun Meter hohe Mauer umgibt nicht nur Bethlehem, sondern Teile von ganz Palästina. Die Grenzanlagen, die die Menschen in der Westbank von Israel trennen, sind mehr als 750 km lang. Davon sind in der Westbank fast drei Millionen Menschen betroffen, die die Mauer nur mit Genehmigung verlassen dürfen. Weihnachten kommen Christen aus Israel und aus der ganzen Welt nach Bethlehem, aber wenn wir Ostern nach Jerusalem wollen, müssen wir auf eine Genehmigung warten, die nur teilweise ausgestellt wird. Eine ganze Familie bekommt niemals eine Genehmigung, sondern muss wie bei einem Lottospiel abwarten. Ich war seit 2002 nicht mit meiner Familie gemeinsam zu Ostern in Jerusalem, das nur acht Kilometer von Bethlehem entfernt liegt.

Wie werden die Christen im Nahen Osten Ihrer Beobachtung nach in Deutschland wahrgenommen? Und welche Bedeutung haben Besuchs- oder Pilgergruppen aus Deutschland für die Gemeinden und Kirchen in Palästina?

Zreineh: Ich wundere mich immer noch, wenn Gäste mich fragen: Sie sind Palästinenserin und Christin? Ja, wann sind Sie denn Christin geworden? Palästinenser gleich Muslime denken viele noch in Deutschland. Ich antworte dann: Hier ist doch Jesus geboren. Hier ist die Wiege des Christentums vor 2000 Jahren! Der Islam bestimmt Palästina erst seit 700 Jahren.

Wir sind nicht immer eine Minderheit gewesen. Unter den Osmanen lebten in Bethlehem 85 Prozent Christen, heute sind es 19 Prozent. Es gibt uns also noch. Wenn alle Christen nur das Heilige Land und Palästina besuchen und auch in Bethlehem in Palästina übernachten würden, wäre es schon eine große Unterstützung für uns. Mehr als man sich das vielleicht denken kann. Der Tourismus ist unser größter Arbeitgeber. Souvenirläden, Holzschnitzer und Restaurants sind in Bethlehem überwiegend in Händen von Christen. Das heißt, wer uns besucht, hat schon dazu beigetragen, dass wir noch bleiben können und wollen.

Was erwarten die Christen in Israel und in Palästina von den Christen und Gemeinden in Deutschland, damit christliches Leben auch in Zukunft in Israel und Palästina eine Perspektive hat? Und worin sehen Sie die Aufgabe und derzeitigen Herausforderungen der Christen im Nahen Osten?

Zreineh: Als erstes sollte nicht vergessen werden, dass es Christen im Heiligen Land gibt, die den Unterschied machen, indem sie keinen Unterschied machen. Wir benötigen direkte Unterstützung der Christen – das ist unsere Erwartung an die christlichen Gemeinden in Deutschland, dass man uns zum Überleben hilft und unsere Anwesenheit im Land möglich macht. Das wäre beispielsweise durch Stipendien für christliche Schüler und Studenten möglich oder durch die Unterstützung christlicher Einrichtungen im Land, wodurch Arbeitsplätze entstehen könnten.

Sie sind in Bethlehem geblieben, aber haben die Möglichkeit, immer wieder auch als Referentin nach Deutschland zu kommen. Was ist Ihr Wunsch für die Zukunft der Christen im Nahen Osten?

Zreineh: Ich bin heute stolz darauf, sagen zu können: Ich bin Palästinenserin mit einer Heimat in Deutschland. Das heißt: Ich habe Deutschland nicht nur meine Sprache zu verdanken, sondern auch mein Denken, meine Einstellung und den Umgang mit den Menschen. Was ich in meinen Vorträgen erzähle und erkläre, bekommt man nicht durch die Medien mit. Ich muss aber dazu sagen, dass Deutschland mehr informiert als etwa Österreich oder die Schweiz. Ich war dort und habe den Unterschied bemerkt.

Mein Wunsch für die Zukunft wäre: Erstens, dass jeder, der sich Christ nennt, mindestens einmal ins Heilige Land pilgert (für Muslime z.B. ist es eine Pflicht). Zweitens, dass jeder anfängt, individuell Frieden zu stiften. Also jeder bei sich zuhause, in der Familie, in der Umgebung und bei der Arbeit. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich so der Friede auch in die Welt ausbreitet. Denn vom Frieden kann man sich auch anstecken lassen. Wie hat es Albert Schweizer einmal gesagt: „Gebete verändern nicht die Welt, aber Gebete verändern die Menschen, und die Menschen verändern die Welt.“

Vielen Dank für das Gespräch. ☺

ⓘ Literaturhinweise:

Israel-Palästina. Eine Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK), Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, 2009/2017, 34 Seiten.

Hoffnung und Widerstand. Erfahrungen und Berichte aus dem Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI), Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Hamburg 2017

Ja zu Gebetsraum – Nein zur Kapelle

Indonesien: Radikale Kräfte des sunnitischen Islams heizen Stimmung gegen andere Religionen an

Von Martin Ahlhaus

Mit Tränen in den Augen tritt der ältere Herr vor die Gemeinde in der Toba-Batak-Kirche in Jakarta. Der Geschäftsmann betreibt mehrere Tankstellen in den chronisch überfüllten Straßen der indonesischen Metropole. Mit stockender Stimme berichtet der überzeugte Christ von seinem Wunsch, seine Kunden nicht nur mit dem automobilen Treibstoff zu versorgen, sondern ihnen auch Gelegenheit zum geistlichen Auftanken zu geben. Doch sein Vorhaben, auf den eigenen Grundstücken seiner Tankstellen sowohl einen muslimischen Gebetsraum wie eine christliche Kapelle zu errichten, sei von den Behörden strikt abgelehnt worden.



Den Gebetsraum für die Muslime durfte er bauen, der Bau einer Kapelle wurde ihm jedoch ohne Angabe von plausiblen Gründen untersagt. „Warum begeht unsere Regierung so ein Unrecht?“, klagt er. „Warum behandelt der Staat die Menschen und ihre Religionen in unserem Land nicht gleich und gerecht, wie es seine Aufgabe wäre?“ Dies ist leider kein Einzelfall im indonesischen Vielvölkerstaat und symptomatisch für die Lage der christlichen Bevölkerung im größten muslimischen Land der Erde. Zwar erkennt die Pancasila genannte Verfassung neben Islam und Christentum auch Buddhismus, Hinduismus

und Konfuzianismus als gleichberechtigte Religionen an und verpflichtet ihre Bürgerinnen und Bürger dazu, eine dieser Religionen anzunehmen. Doch in der Realität wird die erdrückende Mehrheit der zu etwa 88 Prozent muslimischen Bevölkerung immer wieder von staatlichen Behörden begünstigt, während religiöse und ethnische Minderheiten an den Rand gedrängt und übervorteilt werden. „Christen, Ahmadiyyah-Muslime, Schiiten, Bahai'i, Buddhisten und Hindu sind in Indonesien immer mehr Anfeindungen durch radikale Sunnitische ausgesetzt“, konstatierte jüngst die Gesellschaft für bedrohte Völker.



Eine muslimisch-politische Gruppe protestierte im Herbst 2013 gegen das Gipfeltreffen der APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft) auf Bali. Auf ihren Plakaten stehen: APEC macht die Menschen arm! APEC führt zu neuer Kolonisierung! Wohlstand durch Scharia und Kalifat!

Foto: Martin Ahlhaus

Sie kritisierte die staatlichen Stellen: „Statt dem entschieden zu begegnen, weichen die Behörden aus Angst vor Massenprotesten zurück und setzen Minderheiten großen Gefahren aus.“

Immer wieder werden Christen im größten Inselstaat der Erde Opfer von Repression und Verfolgung, Benachteiligung und Ausgrenzung. So wurde Anfang Oktober 2016 eine protestantische Kirche in Pasar Minggu (Jakarta) wegen angeblich fehlender Baugenehmigung geschlossen. Ebenfalls im Herbst 2016 demonstrierten sunnitische Extremisten in Makassar (Süd-Sulawesi) gegen die Erneuerung einer Baugenehmigung für eine evangelische Kirche. Zuvor wurde Anfang September 2016 die katholische Kirche in Purwosari (Zentral-Java) während einer Messe gestürmt, der Pfarrer und die rund 200 Gläubigen wurden gezwungen, aus dem Gotteshaus zu fliehen. Über die gewaltsame Zerstörung des Gotteshauses einer westfälischen Partnerkirche im Frühjahr 2013 in Bekasi (West-Java) berichteten auch „Tagesschau“ und „Weltspiegel“. Mit Gebeten und Liedern stellten sich die Gemeindeglieder den anrollenden Abrissbaggern entgegen und riefen den Vertretern von Polizei und Behörden zu: „Was haben wir Schlimmes getan? Ist es verboten zu beten? Wir dachten, dies ist ein demokratisches Land. Bitte, Herr Präsident, wir wurden in diesem Land mit fünf Religionen geboren. Niemals haben wir etwas gegen die anderen Gotteshäuser unternommen, warum tun Sie uns das an?“

Es ist in Indonesien wie andernorts leider auch: Radikale Kräfte vor allem des sunnitischen Islam heizen die feindliche Stimmung gegen andere Religionen an. Selbst schiitische Muslime und Vertreter eines moderaten Islam

werden als Verräter beleidigt und angegriffen. Allerdings ist die Situation auf den vielen Inseln nicht einheitlich, sondern stark von der Entwicklung und gesellschaftlichen Anerkennung der Religionen abhängig. Während der traditionalistische und teilweise fundamentalistische Islam vor allem auf Java zuhause ist, wird auf Sumatra und Kalimantan vielfach ein moderater muslimischer Glaube praktiziert. Weite Regionen auf Nord-Sumatra und West-Papua sind zudem protestantisch sowie Flores und West-Timor katholisch geprägt.

Bei aller leidvollen Bedrängung von Christen und Kirchen gibt es aber auch dies: Auf Ost- und Nordmittel-Java treffen sich evangelische und muslimische Frauen zum gegenseitigen Kennenlernen und gemeinsamen Gespräch über Lebens- und Glaubensfragen. Über die Grenzen der Religionen hinweg suchen sie in der Begegnung das Verbindende und pflegen den Austausch. Trotz mancher Widerstände lassen sich die Frauen nicht beirren und helfen einander bei familiären Anlässen, beim fröhlichen Feiern ebenso wie bei der Hilfe in Alter und Krankheit.

Ein weiteres Zeichen der Hoffnung setzt das Institut Interfidei in der Universitätsstadt Yogyakarta auf Zentral-Java. In Zeiten zunehmend religiös motivierter Konflikte informiert es über die verschiedenen Religionen auf Indonesien und regt durch Seminare und Veröffentlichungen zum interreligiösen Dialog und zur Verständigung über unterschiedliche Glaubensinhalte an. Die moderaten Kräfte in Christentum und Islam zu stärken, ist erklärt Ziel von Interfidei, um der zunehmenden Islamisierung und Radikalisierung der indonesischen Bevölkerung zu wehren. ☺

Internet: www.interfidei.or.id

Armut ist der Nährboden des Radikalismus

Die „Macht der Straße“ bedroht Meinungs- und Glaubensfreiheit in Indonesien

Von Martin Ahlhaus

Die Vereinte Evangelische Mission (VEM), die viele ökumenische Kirchenpartnerschaften nach Indonesien unterhält, hat in einem Protestbrief an den indonesischen Staatspräsidenten Joko Widodo ihre tiefe Sorge um Meinungs- und Glaubensfreiheit sowie das friedliche Zusammenleben der Religionen ausgedrückt. Zwei Mitarbeitende aus Indonesien arbeiten derzeit in der VEM-Zentrale Wuppertal: Die Wirtschaftswissenschaftlerin Irene Girsang aus Simalungun in Nord-Sumatra organisiert die internationale Frauenarbeit, Pfarrer Dr. Andar Gomas Parlindungan aus Jakarta leitet die Ausbildungsabteilung Training and Empowerment. Mit ihnen sprach Martin Ahlhaus.



Irene Girsang

Foto: VEM Romana Hedtmann

Frau Girsang, Herr Andar Parlindungan, wie nehmen Sie die aktuelle religiöse und soziale Situation in Ihrer Heimat wahr? Was erfahren Sie von Ihren Familien und Freunden, von Ihren Kirchen und Mitchristen?

Girsang: Das ist eine weite Fragestellung, auf die ich mit einem Gesamteindruck antworten möchte: Ich sehe deutlich die Gefahr, dass das über lange Zeit bewährte Leitwort unseres Staates „Einheit in Vielfalt“ in Vergessenheit gerät und religiöse wie soziale Minderheiten an den Rand gedrängt werden. Wir Christen stellen gegenüber der überwältigenden Mehrheit von über 90 % Muslimen nur eine kleine Minderheit dar. Doch bislang hatten wir einen festen Platz in der indonesischen Gesellschaft. Nun spüren wir seit mehreren Jahren eine zunehmende Radikalisierung des Islam und haben Sorge, dass wir keine Chance mehr bekommen, etwas zu verändern.

Parlindungan: Ja, das stimmt! Die Beziehungen unter den Religionen in Indonesien sind in Gefahr. Früher galt der Islam als eine Religion des Friedens. Doch seit dem Ende der Diktatur Suhartos breiten sich radikale Strömungen von Malaysia und Singapur kommend in Indonesien aus – und die Übergriffe auf Kirchen nehmen zu.

Besorgniserregend finde ich die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage: 85 Prozent der Muslime wollen keine Christen oder andere Religionen als Nachbarn haben. Und fast 90 Prozent der muslimischen Oberstufenschüler wollen nicht mit Jugendlichen anderer Religionen in einem Klassenraum unterrichtet werden. Toleranz und interreligiöser Dialog sind in Gefahr.

Girsang: Ich möchte das aufgreifen. Unter Intellektuellen hat das interreligiöse Zusammenleben eine gute Tradition. Doch in der einfachen Bevölkerung sieht das anders aus. Solange in unserem Land die soziale Gerechtigkeit – die 5. Säule der staatstragenden Verfassung Pancasila – nicht verwirklicht ist, haben die Menschen wenig Wissen vom politischen Leben und sind leicht zu beeinflussen. Man macht es bereits Kindern vor, in der Schule oder auf der Straße im Rhythmus zu klatschen und laut zu rufen: „Kafir (Ungläubige) no, Islam yes!“ Was werden diese Kinder in 20 Jahren tun, wenn sie politische Verantwortung tragen? Was erwartet uns dann?

Parlindungan: Ich erinnere an die Vorgänge um Ahok, den bisherigen Gouverneur von Jakarta. Er ist Christ chinesischer Abstammung und gehört damit zu zwei Minderheiten. Offenbar wollte die muslimische Mehrheitsgesellschaft nicht länger von einem Nicht-Muslim oder „Kafir“ geführt werden. Und das nur wegen der einen Sure im Koran, nach der Muslime nur durch Muslime geleitet werden dürfen.

Ich hatte nicht erwartet, dass die gebildete Bevölkerung von Jakarta sich so sehr von dem radikalen Islam beeinflussen ließe. Die Realität aber zeigt, dass die radikale Lehre des Islam auf dem Vormarsch ist und zunehmend das politische und gesellschaftliche Leben prägt.

Girsang: Das ist so, als würde in Deutschland der Grünen-Politiker Cem Özdemir nur wegen seines islamischen Glaubens von radikalen Christen abgelehnt werden. Das meine ich, wenn ich gesagt habe, Minderheiten zählen nicht mehr. Ahok war und ist der fachlich kompetentere Kandidat für das Gouverneursamt. Doch das zählt mittlerweile in Indonesien deutlich weniger als die Zugehörigkeit zum Islam als Mehrheitsreligion.

Parlindungan: Ein guter, sauberer Politiker, der gegen Korruption vorgeht und sich für Gerechtigkeit einsetzt, gilt derzeit in unserem Land weniger als ein schlechter Kandidat, der aber zur richtigen Religion, dem Islam, gehört. Girsang: Wenn schon die Wahl die Gouverneurs von Jakarta so entscheidend von der Religion geprägt war, wie mag es dann um die Wahl des Staatspräsidenten in zwei Jahren bestellt sein?

Parlindungan: Diese Wahl wird entscheidend wichtig sein für die weitere Entwicklung unseres Landes. Ahoks muslimische Gegner haben schließlich auch behauptet, er sei Kommunist gewesen. Hier werden offenkundig Religion und Politik miteinander verquickt, und die Religion wird zunehmend politisiert.

Es ist also in Indonesien eine zunehmende Engführung in Richtung Mehrheitsreligion zu beobachten. Bleibt denn für die weiteren von der Verfassung geschützten Religionen überhaupt noch Platz?

Parlindungan: In der Tat werden nicht nur die Christen bedrängt, sondern auch die anderen Religionen wie Buddhismus, Hinduismus und die Ahmadiyya-Gemeinschaft. Beispielsweise wurde im letzten Jahr ein buddhistischer Tempel zerstört. Die Resonanz darauf war allerdings nicht so groß, da es in Indonesien nur sehr wenige Buddhisten gibt. Selbst schiitische Muslime werden von der sunnitischen Mehrheit angegriffen und des Unglaubens bezichtigt.

In der arabischen Welt sind es zumeist junge, unverheiratete Männer, die sich dem radikalen Islam verschreiben und in den Dschihad ziehen. Trifft das auch für Indonesien zu oder gibt es keinen bemerkenswerten Unterschied in der religiösen Intoleranz zwischen Frauen und Männern?

Girsang: Ich sehe keinen großen Unterschied. Im Gegen teil erlebe ich unter meinen ehemaligen muslimischen Studienkolleginnen eine Art Hass auf Andersgläubige. Obwohl wir im Studium eng befreundet waren und gut zusammen gearbeitet haben, gehen sie nun auf Distanz, nur weil ich Christin bin. In den sozialen Medien kursieren Hasseinträge, die beispielsweise besagen, dass wir Christen „böse“ sind. Wie können die so etwas behaupten? Wie ist es so weit gekommen?



Dr. Andar Gomas Parlindungan

Foto: Kepper Fotostudio

Parlindungan: Ich erinnere mich gut an meine Kindheit in Jakarta. Damals war es ganz normal, die religiösen Feste zusammen zu feiern, sich gegenseitig zum Fastenbrechen oder zu Weihnachten zu gratulieren. Das hat sich völlig gewandelt. Heute verweigern viele Muslime den Gruß „Merry Christmas“. Das ist in ihren Augen nicht gut, weil sie damit indirekt bestätigen würden, dass Jesus Christus Gott ist. Da ist ein deutlicher Abbruch zu spüren.

Was kann man nach Ihrer Ansicht gegen diese Engführung und zunehmende Spaltung unternehmen?

Girsang: Der interreligiöse Dialog und friedliche Umgang von Menschen unterschiedlichen Glaubens muss Einzug halten in die Unterrichtspläne von Schulen, Sonnagschulen und Konfirmandenarbeit.

Es ist Zeit, aufzuwachen und gegen die drohende Spaltung der Gesellschaft vorzugehen. Dabei müssen nicht nur die religiösen Führer das Wort erheben, sondern alle Kirchen und Christen für Verständnis und Verständigung eintreten. Beten allein reicht nicht, sondern die Kirchen müssen sich auch in der sozialen Frage engagieren. Wenn sie soziale Ungerechtigkeit lindern und etwas tun gegen Armut und Arbeitslosigkeit, entziehen sie dem Radikalismus den Nährboden.

Damit berührt die religiöse Frage das Thema Soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte.

Wenn es einen Ausgleich zwischen Armen und Reichen gibt, haben auch Religions- und Meinungsfreiheit größere Chancen.

Girsang: Ja, so sehe ich das. Auch ich habe erlebt, wie Christen und Muslime Ramadan und Weihnachten gemeinsam begangen haben. Was aber passiert, wenn Kinder das interreligiöse Zusammenleben heute nicht mehr erfahren und nicht lernen, sich gegenseitig zu besuchen und die Religion des anderen zu respektieren?

Parlindungan: Ich komme noch einmal auf den Fall Ahok zurück. Die Wahl im Februar hat gezeigt, dass es auch einen moderaten Islam in Indonesien gibt. Immerhin 30 Prozent der Muslime haben Ahok ihre Stimme gegeben. Mit diesen gemäßigten Kräften müssen wir den Dialog suchen und sie stärken. Das gilt auch für die größte islamische Organisation im Land, Nadhlatul Ulama. Die Kirchen müssen sowohl den Dialog mit ihr suchen als auch die Diapraxis, die konkrete Zusammenarbeit einüben. Das Kennenlernen der Anderen ist ein Schlüssel für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen.

Jakartas christlicher Gouverneur Ahok muss wegen Gotteslästerung ins Gefängnis

Am 9. Mai 2017 wurde der amtierende Gouverneur von Jakarta, Basuki Purnama, genannt Ahok, wegen Blasphemie zu zwei Jahren Haft verurteilt. Damit ging das Gericht nicht nur über die von der Staatsanwaltschaft geforderte einjährige Bewährungsstrafe hinaus, sondern ordnete auch noch die sofortige Inhaftierung des angesehenen Politikers an. Der aus der christlich-chinesischen Minderheit stammende Ahok leitet seit 2014 die etwa 30 Millionen Einwohner zählende Metropolregion Indonesiens und ist in seiner Amtszeit erfolgreich gegen Korruption und Klientelwirtschaft vorgegangen. Während des Wahlkampfs im Dezember 2016 hatte Ahok seinen Gegnern vorgeworfen, den Koran für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen. Die Wähler sollten sich nicht von der 5. Sure des Korans leiten lassen, die Muslime davor warnt, Christen als Freunde oder Führer zu haben. Diese Äußerung wurde in manipulierten Videosequenzen massenhaft im Internet verbreitet und von radikal-islamischen Organisationen dazu benutzt, zu „Massengebeten“ gegen diese Beleidigung des Korans aufzurufen. Der schließlich gegen Ahok eröffnete Blasphemie-Prozess kostete den Gouverneur zuerst den Wahlsieg im Februar dieses Jahres und bringt ihn nun hinter Gitter.

Girsang: Da gehen die evangelischen Kirchen auf Java mit gutem Beispiel voran und setzen mit der interreligiösen Verständigung zwischen christlichen und muslimischen Frauen ein deutliches Zeichen des friedlichen Zusammenlebens. In Nachbarschaftsprojekten treffen sich Frauen unterschiedlicher Religionen zu Austausch und Fortbildung, aber auch zu tatkräftiger Unterstützung und Familienhilfe. Während große Gebiete von Nord-Sumatra und West-Papua christlich geprägt sind, ist die Bevölkerung von Java und Kalimantan (Borneo) mehrheitlich muslimisch, das heißt, hier sind die christlichen Kirchen besonders gefordert und werden von der VEM gefördert.

Apropos VEM: Wie kann diese weltweite Gemeinschaft von 36 Kirchen in Afrika, Asien und Deutschland zur interreligiösen Verständigung in Indonesien beitragen?

Girsang: Ich will wieder ein Beispiel geben wie soziale Gerechtigkeit und Interfaith (religionsübergreifender Dialog) miteinander verzahnt sind. Auf Java ist der Menschenhandel erschreckend weit verbreitet, Kinder werden gegen Geld an andere Familien abgegeben oder an Unternehmen verkauft – ein Geschäft mit unabsehbaren Folgen und Folgeschäden für Kinder und Eltern. Hier leistet die evangelische Mitgliedskirche der VEM durch Seminare und Kampagnen eine vorbildliche Präventions- und Aufklärungsarbeit unter Frauen verschiedener Religionen und wird hierbei von der Kirchengemeinschaft der VEM finanziell gefördert sowie ideell unterstützt.

Parlindungan: Die interreligiöse Verständigung kann die VEM aber nicht allein bewerkstelligen, sondern es braucht größere internationale Zusammenarbeit, um gegen die zunehmende Radikalisierung anzugehen. Von der Sonntagsschule bis zur Hochschule, in Gottesdiensten und Seminaren muss es immer wieder auch um die Frage gehen, wie wir friedlich mit unseren muslimischen Nachbarn zusammen leben können. Frieden und Gerechtigkeit müssen integraler Bestandteil des kirchlichen Lehrens und Lernens werden und bleiben.

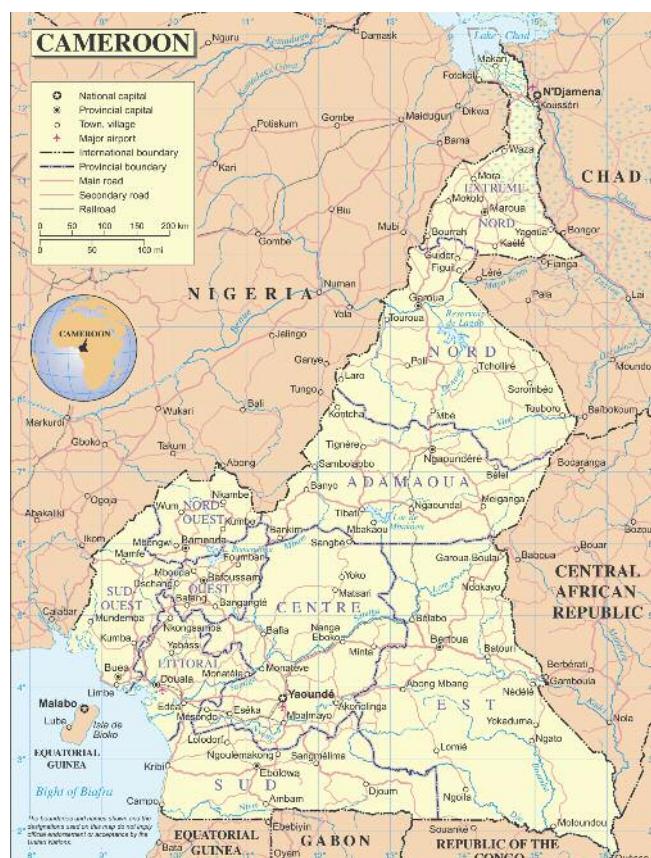
Vielen Dank für das Gespräch. ☺

Terror spaltet nicht

Trotz Boko Haram-Angriffen hält die Bevölkerung im Norden Kameruns zusammen

Von Margot Bell

Islamistische Anhänger der Terrororganisation Boko Haram bedrohen die Bevölkerung im Norden Kameruns seit Jahren. In Nigeria, nicht weit von der kamerunischen Grenze, wurden Dörfer ausgeraubt und niedergebrannt, Frauen vergewaltigt, Männer hingerichtet sowie Kinder und Jugendliche entführt. Auch Dörfer im Norden Kameruns wurden bereits angegriffen, weshalb es sowohl Flüchtlinge aus Nigeria als auch innerhalb Kameruns gibt. Nach offiziellen Statistiken lebten 2015 allein in dem UNHCR-Camp in Minawao mehr als 32.600 Flüchtlinge.



In Mora, einer kleinen Stadt im Norden Kameruns, waren im Frühjahr vergangenen Jahres mehr als 45.000 Flüchtlinge untergebracht. Diese Menschen haben alles verloren. So waren die Einwohner von Mora gezwungen, viele dieser Geflüchteten in ihren Häusern aufzunehmen. Das Wenige, was sie selber hatten, sollten sie teilen. Viele Flüchtlinge wurden in Familien aufgenommen, andere kamen in Schulen, öffentlichen Gebäuden oder Krankenhäusern unter. Neben Hilfe aus der Bevölkerung bekamen Flüchtlinge auch von Nicht-Regierungs-Organisationen sowie von der Regierung Unterstützung, die militärisch gegen Boko Haram vorgeht.

Nach immer mehr Selbstmordanschlägen herrscht in der Bevölkerung inzwischen große Skepsis gegenüber Flüchtlingen. So wurden Schulen als auch einige Märkte geschlossen. Das Leben in Mora ist teuer geworden, die

Preise für Grundnahrungsmittel sind kräftig gestiegen. Viele Familien, die Flüchtlinge beherbergen, können keine komplette Mahlzeit pro Tag mehr bezahlen. Die Armut ist groß.

Eine hoffnungsvollere Entwicklung gibt es aber, wie eine aktuelle Nachfrage im Mai 2017 bei den Christen im Grand Nord zeigt. Danach hätten die kamerunischen Verteidigungskräfte dort Boko Haram unter Kontrolle. Die Situation habe sich beruhigt. Unter den wachsamen Augen der verschiedenen Kräfte der nationalen Sicherheit sei wieder ein normaler Alltag eingekehrt.

Die Angriffe durch Boko Haram sind den Angaben zufolge seltener geworden. Doch die Angst vor den Angriffen halte weiter an. In einigen exponierten Dörfern gebe es nun Bürgerwehren, die darauf achteten, dass die Mitglieder von Boko Haram sich nicht unter die Bevölkerung mischen. So wollen sie Attentate verhindern. Die lokalen Wachgruppen werden flankiert von der Armee und der Polizei. Mit Unterstützung der Verteidigungskräfte positioniert sich die Bevölkerung deutlich gegen Boko Haram. Die Angriffe von Boko Haram waren ohne Unterscheidung der Religion gegen die Bevölkerung gerichtet. So hat auch das den Grand Nord prägende sehr friedliche Zusammenleben von Menschen christlichen und muslimischen Glaubens keinen Schaden genommen. Es ist Boko Haram nicht gelungen, Christen und Muslime zu trennen – sie leben weiter in Harmonie zusammen.

Im April 2016 konnte die Evangelische Kirche Kameruns (EEC) auf dem Gelände der auch vom Kirchenkreis Soest unterstützten Grundschule in Mora Lebensmittel spenden verteilen. 216 Familien – Christen und Muslime – bekamen jeweils 25 Kilogramm Reis und zwei Flaschen Öl.

Die Auswertung der Aktion ergab, dass sowohl die Bevölkerung als auch die kommunalen Behörden sehr positiv wahrgenommen haben, dass die EEC Solidarität mit den Notleidenden über die religiösen Grenzen hinweg zeigt. Denn Hunger kennt keine Religion! Solche Aktionen können somit zur Stabilisierung eines guten Miteinanders der Religionen beigetragen. ☺

„Ich fürchte mich in meinem Land“

Viele Menschen aus Nigeria leben in Angst vor Boko Haram und fliehen

Von Rose Mutombo

Rose Mutombo hat Jura studiert. Sie lebt seit vielen Jahren in Deutschland, wo ihr Abschluss als Juristin nicht anerkannt wird. Sie engagiert sich schon lange in der Flüchtlings- und Friedensarbeit. Als ausgebildete Mediatorin arbeitet sie derzeit ehrenamtlich in der Flüchtlingsberatung der evangelischen Kirche und erzählt hier eine Flucht- und Lebensgeschichte einer Klientin.

Mein Name ist Rachel* (*Name geändert), ich bin 36 Jahre alt, stamme aus Yobe, einer kleinen Stadt im Norden Nigerias und gehöre der christlichen Glaubensgemeinschaft an. Seit etwa zwei Jahren lebe ich nun in Deutschland. Aufgrund der vielen Ausschreitungen und Zerstörungen von Schulen, Tötungen von Menschen, Entführungen und Vergewaltigungen von Frauen und Männern in meiner Region bin ich geflohen und lebe hier als Flüchtling. Ich wollte diesen Gefahren nicht mehr ausgesetzt sein und nicht täglich das Gefühl in mir tragen müssen, um mein Leben zu fürchten. Bis heute begleitet mich diese Angst. Mein Vertrauen gegenüber anderen Menschen ist deshalb sehr gering. Aus meinen Erfahrungen von dem, was sich in meinem Land Nigeria abspielt, kann ich nur das über Boko Haram berichten, dass sie keine Scheu haben Menschen zu töten. Seit ungefähr vier Jahren vermehren sich ihre Anschläge in Nigeria. Ich fürchte mich in meinem Land und möchte auch nicht zurückkehren, da die Situation dort einfach lebensbedrohlich ist.

Die meisten Anhänger stammen aus dem Norden Nigerias. In dieser Region leben viele, die dem Stamm der Haussas angehören, aber die Mehrheit der Mitglieder von Boko Haram gehört zu den Kanuri. Im Norden des Landes leben viele reiche Menschen, einige besitzen sogar einige Millionen US-Dollar an Vermögen. Die Armut ist dort gering. Aber selbst die obere Schicht kann meist nicht auf die Taten von Boko Haram reagieren, da sie teilweise auch betroffen ist. Viele Menschen fragen sich: „Wer steckt Boko Haram?“ Niemand kann diese Frage richtig beantworten. Es herrscht ein Gefühl des Misstrauens untereinander. Jeder kann in dieser Terrororganisation involviert sein, ob arm, ob reich, ob Politiker oder normaler Bürger. Man fürchtet sogar, dass der eigene Nachbar mit ihnen interagiert.

Niemand will Opfer ihrer Gräueltaten sein. Die Bevölkerung rennt buchstäblich vor ihnen weg – aus Angst.

In Nigeria leben Muslime und Christen an sich in Frieden miteinander. Im Norden des Landes allerdings herrscht Boko Haram. Dort können diese beiden Religionen nicht friedlich miteinander leben, da hier ein Kampf zwischen den Religionen herrscht. Vertreter der christlichen Kir-

chen werfen den Muslimen vor, nichts gegen die Ausschreitungen von Boko Haram zu unternehmen und sogar mit involviert zu sein, da sie eine islamistische terroristische Gruppe ist und einen muslimischen Hintergrund hat. Aber es werden nicht nur evangelische Kirchen und Christen angegriffen, sondern auch Moscheen angezündet, zerbombt und nicht radikale Muslime umgebracht.

Besonders die Situation von Mädchen und Frauen ist erschreckend. Die Mitglieder von Boko Haram ergreifen sie unabhängig von ihrer Glaubensgemeinschaft, ihrem Stamm oder ihrer Bildung. Ihnen ist gleichgültig, wer ihr Opfer ist. Die Mädchen und Frauen werden entführt, vergewaltigt und am Ende umgebracht: Oft werden sie enthauptet. Sie zwingen Jungen und Mädchen zu sexuellem Verkehr und anschließend werden auch diese getötet. Jeder im Land ist vorsichtig, keiner ist in seiner Umgebung sicher. Besonders als Frau fühlt man sich wehrlos und ausgeliefert. Menschen zu verstümmeln, ist für Anhänger von Boko Haram, zu einem ihrer Rituale geworden. Sie verkaufen die Organe der Toten und verdienen damit Geld.

Nicht nur die Bevölkerung ist betroffen, auch gegen Politiker kämpfen sie an.

Die Menschen hoffen jeden Tag, dass diese Torturen bald ein Ende haben. Die größte Hoffnung kam auf, als die neuen Präsidentschaftswahlen anstanden und Muhammadu Buhari versprach, etwas gegen Boko Haram zu tun. Aber es sind schon zwei Jahre vergangen und bis heute ist nichts passiert. Viele in der Bevölkerung sind enttäuscht und vermuten, dass er mit Boko Haram verwickelt ist, da er wie sie aus dem Norden des Landes stammt und muslimischer Herkunft ist. Er hat bisher nur leere Versprechungen gemacht. Trotz allem sind die jeweiligen Glaubensrichtungen zu dem Entschluss gekommen, dass es wichtig ist, „gemeinsam“ gegen Boko Haram stark zu sein anstatt einen Schuldigen zu suchen. Als Christin bitte ich um Gebete, dass mein Land bessere Zeiten erlebt, dass Gott den Menschen Kraft schenke, dass Frieden in meine Heimat Nigeria einkehrt.

Beten Sie dafür, dass Gott dem nigerianischen Volk Mut zuspricht, um diesen Kampf gegen Boko Haram meistern zu können. ☺

Anschläge auf Kirchen und Ausschreitungen zwischen Religionen

Religionsfreiheit im Kontext der VEM Kirchengemeinschaft

Von Jochen Motte

Keine Religionsgemeinschaft sei weltweit mit so viel Feindschaft und Hass konfrontiert wie die der Christen, beklagte US-Vize-Präsident Mike Pence im Mai 2017. In einer Stellungnahme dazu wenige Wochen später gestand das Pew Research Center ein, dass es in vielen Ländern Einschränkungen von Religionsfreiheit von Christen gäbe. Die Zahlen seien jedoch insofern zu relativieren, weil Christen mit 2,3 Milliarden Menschen die mit Abstand größte Religionsgruppe bildeten und in zwei Dritteln aller Länder zahlenmäßig die Mehrheit gegenüber Anhängern und Anhängerinnen anderer Religionsgemeinschaften stellten. Mit anderen Worten: weil andere Gruppen, die ebenfalls unter Einschränkungen von Religionsfreiheit leiden, zum Teil sehr viel kleiner und weniger global verbreitet sind, ist deren Chance, zur meist verfolgten Gruppe zu gehören, sehr viel geringer.



Jochen Motte

Foto: VEM Ilse Straube

Demgegenüber weisen die Zahlen des Pew Research Centers darauf hin, dass Juden, Hindus und Muslime ein sehr viel größeres Risiko als Christen haben, in Ländern zu leben, in denen diese Religionsgemeinschaften Belästigungen ausgesetzt sind. Zudem gibt es Länder mit überwiegend christlicher Bevölkerung wie Nicaragua und Eritrea, in denen Christen Opfer von Einschränkungen der Religionsfreiheit werden.

Aus den Ländern, in denen VEM Mitgliedskirchen bestehen, haben vor allem Partner aus Indonesien und Sri Lanka über staatliche Restriktionen wie auch Anfeindungen aus der Gesellschaft bzw. von Anhängern anderer Religionsgemeinschaften berichtet. Die Ausbreitung von religiös motiviertem Extremismus bildet aber auch ein Gefahrenpotential in Ländern wie Tansania oder Kame-

run und stellt eine Herausforderung für alle Mitglieder der VEM in Asien, Afrika und Deutschland dar.

In Indonesien wurden 2015 in Aceh, der nördlichen Region Sumatras, Kirchen niedergebrannt. Oft geht die Gewalt von Extremisten aus, wobei die Behörden nicht oder nur zögerlich einschreiten. Konflikte entstehen dort, wo sich neue Gemeinden bilden und in vermeintlich angestammten muslimischen Gebieten Kirchengebäude errichtet werden. Die VEM unterstützt den indonesischen Kirchenrat dabei, lokale Gemeinden und Kirchen in rechtlichen Auseinandersetzungen zu begleiten.

Aufsehen erregte der Fall des Gouverneurs von Jakarta, Basuki, Tjahaja Pumama (Spitzname Ahok), der als Christ eine Koransure so kommentierte, dass dies von seinen Gegnern in der Weise gegen ihn genutzt wurde, dass man ihm Blasphemie vorwarf. Hunderttausende Muslime gingen auf die Straße und forderten seine Absetzung und eine Anklage. Im April 2017 verlor er bei den Wahlen seinen Posten. Wegen Gotteslästerung wurde er vor Gericht gestellt und zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Die Richter hatten sich dem Druck der Straße gebeugt. Die Kirchen in Indonesien sind auf diesem Hintergrund besorgt, dass Fundamentalisten und extremistische Kreise Indonesien – dessen Verfassung auf Pluralität von Religionen gegründet ist – in ein islamisches Land verwandeln. Dabei wissen Politiker aus machtpolitischem Kalkül die Stimmung der Extremisten für ihre Zwecke zu nutzen.

In Sri Lanka beklagten die Kirchen Einschränkungen der Religionsfreiheit durch einen buddhistischen Nationalismus, den sich die Regierung des Präsidenten Marinda Rajapakse in den Jahren nach dem Sieg über die tamilische Befreiungsarmee 2009 zunutze machte. Betroffen waren Hindus, Muslime, aber auch Christen. So wurden auch einzelne Kirchen durch extremistische Buddhisten zerstört, so zuletzt im Januar 2017. Es wurde berichtet, dass die Armee nach dem Krieg buddhistische Tempelanlagen

in Regionen errichten ließ, in denen bisher keine Buddhisten angesiedelt waren. Mit der Abwahl Rajapakses im Jahr 2014 hat sich die Situation unter dem neuen Präsidenten Maithripala Sirisena spürbar entspannt. Religiös legitimierter Fundamentalismus und Extremismus stellen auch Herausforderungen für Länder wie Kamerun und Tansania dar. In beiden Ländern leben Christen und Muslime traditionell friedlich miteinander. Dennoch kam es ab 2012 zu Anschlägen auf Kirchen oder Angriffen auf Priester und zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Christen und Muslimen in Tansania. Nach Kamerun flohen 2015 etwa 100.000 Menschen aus Nigeria vor der islamistischen Terrormiliz Boko Haram, aber auch Kameruner waren von den Operationen der Extremisten betroffen und gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen.

Internet: <http://www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Gemeinsame-Texte/Oekumenischer-Bericht-zur-Religionsfreiheit-von-Christen-weltweit-2013.html>

Dr. Jochen Motte leitet die Abteilung Menschenrechte bei der Vereinten Evangelischen Mission in Wuppertal. ☺

ⓘ Literaturhinweis:

Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit 2013. Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit: Bedrohungen – Einschränkungen – Verletzungen. Gemeinsame Texte, Nr. 21 Herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn, www.dbk.de und vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, www.ekd.de



Auf einer Wand im Garten der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in Istanbul sind die Religionen symbolisch an einem Tisch versammelt.

Foto: Thomas Krieger

Friede unter den Menschen

Interreligiöses Engagement für Frieden und inklusive Gesellschaften



Die interreligiöse Konferenz "Friede unter den Menschen – Interreligiöses Engagement für Frieden und inklusive Gesellschaften" mit Repräsentanten verschiedener Religionen aus afrikanischen und asiatischen Ländern sowie aus Deutschland, die in Wuppertal stattfand, hat sich mit der Verantwortung der Kirchen und Religionen für den Erhalt und die Förderung friedensstiftender Bedingungen im regionalen, nationalen und internationalen Kontext auseinandergesetzt.

Hier Auszüge aus der Schlussbotschaft:

Gemeinsame Botschaft der Hoffnung und des Friedens:

„Frieden unter den Völkern – interreligiöser Einsatz für Frieden und inklusive Gemeinschaften“

Als Menschen unterschiedlichen Glaubens haben wir erfahren: Gottes Geist (Buddhistisch: Dhamma) vereint uns und ermöglicht unser gemeinsames Zeugnis. Wir bekennen dankbar: Gottes Geist der Liebe zu allen Menschen und zur gesamten Schöpfung überwiegt alles, was uns trennen könnte. Der Geist Gottes hat die Kraft, unser eigenes Leben und das unserer religiösen Gemeinschaften zu erneuern und zu verändern. Er ruft uns auf, gemeinsam Gewalt zu überwinden und gibt uns Kraft, die Friedens-Potentiale in unseren jeweiligen Religionen auszuschöpfen und inklusive Gesellschaften zu bauen.

Wir haben positive Beispiele von interreligiösen Begegnungen und interreligiöser Kooperation ausgetauscht. Diese Beispiele bekräftigen unsere Hoffnung und unser Zutrauen: Leid, Ungerechtigkeit und Gewalt sind weder Schicksal noch Gottes Wille. Dies bestätigt unsere Entschlossenheit, nicht aufzugeben, auch wenn wir mit dem weltweiten Leid so vieler Menschen konfrontiert sind.

In unserem Austausch wurde aus bestimmten Ländern und Kontexten berichtet,

- dass immer noch viele Menschen wegen Gotteslästerung verurteilt werden
- dass ein System der gerechten Teilhabe an der Macht für alle Gemeinschaften nötig ist
- dass wir mit Bewegungen konfrontiert sind, die Fremdenfeindlichkeit verbreiten und Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen, Kirchen, Synagogen und andere religiöse Gebäude angreifen
- dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass Regierungen, religiöse Führer*innen und Bürger*innen jede Form von Gewalt im Namen von Religion verurteilen
- dass unterschiedliche Formen religiöser Hetze angesprochen werden müssen, die sich die ungerechte Verteilung von Ressourcen und das Gefühl politischer Marginalisierung zu Nutze macht

Wir vertrauen auf Gottes Kraft, die versöhnt, erneuert und ermutigt. In diesem Vertrauen kehren wir zurück in unsere jeweiligen Glaubensgemeinschaften, Länder und Kontexte. Dabei gehen wir folgende Verpflichtungen ein:

- Wir respektieren die religiösen Überzeugungen Anderer und sprechen so übereinander, dass friedliche Beziehungen ermöglicht werden.
- Wir ermutigen dazu, Grenzen zwischen Angehörigen verschiedener Religionen und Kulturen zu überwinden, durch Begegnung, Dialog und Aufbau von Beziehungen.
- Aus unseren spirituellen Quellen schöpfend wollen wir unsere Gesellschaften in inklusive Gemeinschaften verwandeln, in denen Vielfalt wertgeschätzt wird, Geschlechtergerechtigkeit geübt und die Schöpfung bewahrt wird.

Der Geist Gottes (Buddhistisch: Dhamma) ruft unsere Religionen dazu auf, gemeinsam weiter zu gehen und zusammen zu arbeiten als ein leuchtendes Zeichen für Hoffnung und Frieden.

Wuppertal, den 16.07.2017

Gebet weltweit: Der VEM Prayer Alert

Von Claudia Währisch-Oblau



Claudia Währisch-Oblau

Foto: VEM Ramona Hedtmann

Es begann alles eher zufällig im Jahr 2011. Als Leiterin der Evangelisationsabteilung der VEM hatte ich seit einigen Jahren in unregelmäßigen Abständen internationale Newsletter an diejenigen verschickt, die sich für unsere Arbeit interessierten. Als Reaktion darauf bekam ich aus unterschiedlichen Kirchen immer wieder auch Gebetsanliegen mit der Bitte, sie in diesem Newsletter zu veröffentlichen.

Aber dann gab es im Januar 2011 in Sri Lanka verheerende Überschwemmungen. Ein Pfarrer, den ich auf einer Reise nach Sri Lanka kennen gelernt hatte, schickte eine dringliche Mail: Bitte betet für uns! Ein Newsletter war gerade kurz vorher verschickt worden, und so leitete ich den Gebetsruf einfach so an alle diejenigen weiter, die den Newsletter abonniert hatten. Und wurde völlig überrascht von der Reaktion: Aus allen Ecken der VEM-Mitgliedskirchen bekam ich Mails, in denen versichert wurde, man werde für Sri Lanka beten.

Aber nicht nur das: Mitglieder des Council der VEM und mehrere Bischöfe ließen mich wissen, sie würden gern regelmäßiger und häufiger über Gebetsanliegen aus dem Bereich der VEM informiert. Und so entstanden die VEM Prayer Alerts, die auf Bitten aus den jeweiligen Kirchen in unregelmäßigen Abständen verschickt werden. Inzwischen gehen die Alerts an über 800 E-Mail-Adressen weltweit und finden über verschiedene Social Media-Kanäle weitere tausende von Leserinnen und Betern.

Bis heute ist es so: Verschicke ich einen Prayer Alert, bekomme ich innerhalb weniger Stunden reihenweise Mails

von Kirchenführern genauso wie von engagierten Laiinnen. Sie schicken einen Segensgruß, einen Bibelvers, oder sagen einfach zu, mit anderen gemeinsam für das genannte Anliegen zu beten. Alle diese Nachrichten sammle ich und schicke sie an diejenigen, die um den Gebetsaufruf gebeten haben.

Auf VEM-Vollversammlungen und Council Meetings wird immer wieder hervorgehoben, wie wichtig diese Prayer Alerts sind. Sie trügen dazu bei, Menschen in den VEM-Mitgliedskirchen miteinander auf eine tiefe Weise zu verbinden. Kakule Molo, langjähriger Präsident der CBCA im Ostkongo, für die besonders oft zum Gebet aufgerufen wurde, bestätigt das. Er erzählt, wie tröstlich und ermutigend es in der schwierigen Bürgerkriegssituation in seinem Land war, zu wissen, dass rund um die Welt viele Menschen für ihn, seine Kirche und Frieden im Land beten. „Wir wussten: Man hat uns nicht vergessen!“

Und gerade VEM-Mitgliedskirchen, die eher wenig zu den Finanzen beitragen können, haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Anliegen der Kirchengemeinschaft ins Gebet zu nehmen. So wird der Prayer Alert zum Beispiel in der kongolesischen CDCC per Funk in alle Gemeinden im Urwald weiter gegeben und von den dortigen Gebetsgruppen aufgenommen. Auffallend ist, dass die Gebetsbitben meist aus Afrika und Asien kommen. Die deutschen Mitgliedskirchen haben noch kaum entdeckt, welche Bedeutung es haben kann, wenn andere für ihre konkreten Anliegen beten.

Der VEM Prayer Alert funktioniert ganz einfach: Jede und jeder kann eine Gebetsbitte an gospel@vemission.org schicken. Wir überprüfen die Informationen und können oft innerhalb weniger Stunden einen Alert per Mail verschicken und auf die VEM-Facebookseite stellen. Abonnieren kann man den Prayer Alert auch: Eine Mail an gospel@vemission.org genügt. Das Netzwerk ist offen für alle, die mitbeten wollen. Und wir freuen uns, wenn es wächst!

Dr. Claudia Währisch-Oblau leitet die Abteilung Evangelisation bei der Vereinten Evangelischen Mission in Wuppertal. ☺

„Unmögliches wagen“

Pierre Stutz in Bad Oeynhausen

Von Christian Hohmann

„Bäume bekommen im Herbst keine Sinnkrise, wenn sie alle Blätter verlieren.“ Mit diesem Bild ermutigte Pierre Stutz die rund 40 Teilnehmenden eines Besinnungstages in Bad Oeynhausen zum Thema: „Beherzt leben: Vom Glück der Unvollkommenheit“.

Der spirituelle Autor und Theologe aus Lausanne plädierte dafür, Menschen sollten sich von Zeit zu Zeit zurücknehmen, um danach wieder mit voller Kraft handeln zu können. Befreiend könnte eine Grundhaltung sein, die es Menschen erlaubt, „scheitern zu dürfen und unvollkommen zu bleiben als hohes Ideal echter Menschwerdung“, sagte Stutz. Dazu gehöre auch ein verantwortlicher Umgang etwa mit Ärger und Wut. Es gehe nicht darum, sich solche Gefühle zu verbieten. Entscheidend sei vielmehr, diesen Gefühlen nachzugehen – ohne jedoch andere Menschen zu verurteilen oder mit Gleichgültigkeit zu reagieren. Spiritualität bedeute, Widerstand nicht gegen etwas, sondern für etwas zu leisten.

Stutz hatte bei einer Veranstaltung tags zuvor betont, dass es als Christ wichtig sei, „an durchkreuzten Hoffnungen zu wachsen und Unmögliches zu wagen.“ So sehe er in vielen Filmen die Botschaft, dass Menschen lernen könnten, ihrem eigenen Weg zu trauen und am Schweren



Besinnungstag mit Pierre Stutz in Bad Oeynhausen.

Foto: Christian Hohmann

in ihrem Leben zu reifen. Dazu zeigte er kurze Filmsequenzen, darunter einen Ausschnitt aus dem Drama „Kirschblüten-Hanami“ von Doris Dörrie (2008). Die Szene, in der der schwerkranke Rudi mit seiner verstorbenen Frau zusammenfindet, zeige, „dass wir nicht nur im Leben, sondern auch im Sterben in Gott hineingegeben sind“.

Die beiden Veranstaltungen fanden in der Reihe „Ökumenisch im Reformationsjahr 2016–2017 unterwegs“ statt. Dazu hatten das Amt für Mission, Ökumene und Weltverantwortung, das Dekanat Herford-Minden und das Evangelische Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e.V. gemeinsam eingeladen. ☺

Gemeinschaft unter freiem Himmel

Ökumenischer Vespergottesdienst im Koptisch-Orthodoxen Kloster Brenkhausen

Von Sandra C. Siegemund

Rund 500 Menschen haben an der diesjährigen Ökumenischen Vesper der Landeskirchen und Bistümer in Westfalen und Lippe teilgenommen. Sie fand zum ersten Mal im Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter-Brenkhausen vor der barocken Fassade des ehemaligen Zisterzienserklosters statt. Der Vespergottesdienst unter freiem Himmel wurde unter dem biblischen Motto „Bittet, so wird euch gegeben“ gefeiert.

Bischof Anba Damian erinnerte an die Geschichte dieses Klosters, das bis heute ein Ort des Gebetes ist. Pfarrer Gunnar Grahl von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) sagte: „Gebete um die Einheit der Kirchen, aber auch für Christen in aller Welt, die ihren Glauben

nicht frei von Bedrohung und Verfolgung leben können, sind das Ziel der Vesper im Reformationsjahr 2017.“

Die Präsidentin der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, betonte: „Wo Christen gemeinsam handeln, zusammenstehen und für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in dieser Welt eintreten, wo sie zusammen beten und sich gemeinsam auf Christus ausrichten, da wächst der Glaube und berührt die Herzen der Menschen. Christus ist unsere Mitte.“ Dieser schaffe Einheit und Gemeinschaft und führe die Menschen aus allen Ländern dieser Erde zusammen. Als Zeichen der Gemeinsamkeit der drei großen christlichen Bekenntnistraditionen entzündete die Präsidentin die Weih-

bischof Manfred Grothe aus dem Erzbistum Paderborn und Erzbischof Mor Philoxenus M. Nayis für die Syrisch-Orthodoxe Kirche die Altarkerzen an der Osterkerze.

In seiner Predigt ermutigte der Lippische Landessuperintendent Dietmar Arends dazu, das Gebet nicht nur als etwas sehr Persönliches zu betrachten, sondern auch als Ausdruck der Beziehung zu Gott. Er verglich Gott mit einem Freund, zu dem der Bittende auch mitten in der Nacht kommen kann. „Die Betenden der Bibel haben oft Gottes wundervolle Nähe erfahren, aber manchmal auch hart um sie ringen müssen“, sagte der Landessuperintendent. Er machte Mut, „sich die leeren Hände von Gott füllen zu lassen“, damit „unser Beten in Handeln mündet“. Auch Erzpriester Dimitrios Tsompras von der Griechisch-Orthodoxen Metropolie, Volker Neuhoff, Superintendent des Kirchenkreises Paderborn, sowie Kinder und Jugend-

liche aus der Nachbarschaft des Klosters waren am Gottesdienst beteiligt. Musikalisch wurde die Vesper von der Blaskapelle Brenkhausen begleitet.

In diesem Jahr fand die Vesper im Rahmen eines ökumenischen Dorf-Kirchentags statt, zu dem das Koptisch-Orthodoxe Kloster in Höxter-Brenkhausen eingeladen hatte. Vor dem Vespergottesdienst eröffnete Bischof Damian gemeinsam mit der westfälischen Präses Kurschus einen restaurierten Klosterweg, der die beiden Ortsteile von Brenkhausen verbindet. Die westfälische Landeskirche hatte die Arbeiten finanziell unterstützt.

Die Ägyptologin Daniela Rutica und Pfarrer Christian Hohmann vom Amt für MÖWe führten durch die neue Ausstellung zum Thema "Die Koptische Kirche in Ägypten in Geschichte und Gegenwart". ☺

Zusammen wachsen

Ökumenisches Fest am Pfingstmontag in Münster

Von Annette Muhr-Nelson



Der Ökumenische Aufruf wurde in Münster auf dem Domplatz verteilt.
Foto: Dirk Johnen

In Münster regnet es entweder oder es läuten die Glocken oder beides gleichzeitig, hieß es früher. Am Pfingstmontag 2017 blies früh am Morgen ein frischer Wind über den Domplatz, aber dann kam ganz entgegen den Wettervorhersagen die Sonne zum Vorschein und erwärme die rund 3.000 Besucherinnen und Besucher, die sich vor der großen Bühne am Dom einen Platz suchten. Als die Glocken verstummt waren, ließen sich alle von Judy Bailey und ihrer Band mitreißen. Zum Friedensgruß wurde sogar getanzt.

Zur traditionellen ökumenischen Pfingstmontagsfeier auf dem Domplatz hatten in diesem Jahr neben der ACK Münster auch das Bistum Münster und die Evangelische Kirche von Westfalen sowie die Evangelische Kirche im

Rheinland eingeladen, um im Zeitalter der Ökumene zeitgemäß der Reformation zu gedenken.

Nach dem ökumenischen Gottesdienst unter dem Motto "Zusammen wachsen" wurde von Bischof Genn, Präses Kurschus und Vizepräsident Pistorius der Aufruf „Gemeinsam Zukunft gestalten“ öffentlich unterzeichnet. In diesem Aufruf wird ein ökumenischer Perspektivwechsel in Pastoralplanung und Gemeindekonzeption angemahnt, die Landeskirchen und das Bistum verpflichten sich zu verbindlicher zwischenkirchlicher Zusammenarbeit, und es werden die gemeinsamen christlichen Aufgaben in der Verantwortung für die Welt und im Gespräch mit anderen Religionen aufgelistet.

Ein ähnlicher Aufruf mit dem Titel „Ökumenisch Kirche sein“ wurde aus Anlass des Reformationsgedenkens schon am 22. Januar mit dem Bistum Essen unterzeichnet. In Vorbereitung ist ein Aufruf, den die westfälische Kirche mit dem Erzbistum Paderborn am 29. September beim Tag für Lehrerinnen und Lehrer in Dortmund vorstellen wird.

Nach der Präsentation des Aufrufs nahm das ökumenische Fest in Münster mit einem vielfältigen Diskussions- und Bühnenprogramm sowie einem Markt der Möglichkeiten weiter Fahrt auf. Es wurde mit einer Abendvesper im Dom beendet.

Wer es verpasst hat, kann am 16. September in Bochum unter dem Motto „Wie im Himmel so auf Erden“ ökumenische Kirchentagsluft schnuppern. ☺

Mit der MÖWe-Bude und dem Smoothie-Fahrrad auf Achse

Von Martin Ahlhaus

Auf dem Kirchentag in Berlin waren sie bereits ein echter Hingucker: Ob in der „Westfalenhalle“, beim Abend der Begegnung oder im Sommergarten am Funkturm – die kantigen PKW-Anhänger aus Westfalen stachen aus der Masse der Messetische hervor. Und mit ihren bunten, lockeren Graffitisprüchen sorgten sie für neugierige Blicke und interessierte Nachfragen. „Ker, watt freu ich mich auf dich! Schön, dass da biss!“ oder auch „Kennse nich, musse hin!“ Im schönsten Ruhrgebietdeutsch und im Outfit der „Trinkhallen“ im Revier machten die „Buden“ mächtig Reklame für den Kirchentag 2019 und luden zu „Glückauf und Halleluja“ nach Dortmund ein.

Seit Mai 2017 sind neun westfälische Kirchenkreise und landeskirchliche Ämter mit einem solchen Verkaufsanhänger auf Achse und nutzen diese als Aushängeschilder ihrer Arbeit. Nicht nur beim Reformationsfestival in Haus Nordhelle oder auf dem Berliner Kirchentag waren sie deutlich sichtbar im Einsatz, sondern auch beim Ökumenischen Fest am Pfingstmontag in Münster und den Kreiskirchentagen landauf, landab in Westfalen.

Weitere Begegnungen und Gespräche „anne Bude“ wird es auch im Herbst bei der Fair-Messe in Dortmund und beim Ökumenischen Kirchentag in Bochum geben. Denn wie die Trinkhallen oder Büdchen im Revier nicht nur Futterkrippe und Zeitungsstand sind, sondern vor allem Klönbeck, Treffpunkt und Nachrichtenbörse im Quartier, so laden auch die „Kirchenbuden“ zum Näherkommen und Stehenbleiben, Zuhören und Mitreden ein.

Die Plakate und Aufschriften der MÖWe-Bude tragen die Themen der Arbeit in die Öffentlichkeit. „Partnerschaften leben – Internationale Kirche sein – Freiwillig engagiert – Menschenrechte stärken“ ist auf der Rückseite des Anhängers zu lesen. Der aufgemalte Kondomautomat unter der Landkarte Afrikas trägt die rote AIDS-Schleife und erinnert an die HIV-Problematik in vielen Ländern der Welt. Und der Bibelvers „Wo Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Psalm 85, 11) nennt die Ziele konkreter Schöpfungsbewahrung, engagierter Entwicklungsprojekte und globaler Gerechtigkeit.

Neben Postkarten, Vater-unser-Lesezeichen in den Sprachen unserer Partnerkirchen und aktuellen Infos zur MÖWe-Arbeit in und an der Bude ist das Smoothie-Fahrrad ein weiterer besonderer Eye-Catcher. Mit dem Standfahrrad, das einen aufgesetzten Mixer antreibt, können sich Interessierte einen ebenso frischen wie leckeren Kirsch-Banane-Smoothie erradeln.

Diese Aktion macht nicht nur fit und Spaß, sondern hat auch einen entwicklungspolitischen Hintergrund: Mit ähnlichen Fahrrad-Maschinen werden in ländlichen Gebieten Ecuadors ohne Stromversorgung kleine Mühlen zum Mahlen von Maniok, Mais, Getreide, Kaffee und Kakao angetrieben. Das ersetzt die mühevolle und deutlich anstrengendere Handarbeit und ermöglicht Menschen, besser für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Über die Partnerorganisation Acción Ecológica in Ecuador unterstützt Brot für die Welt die Herstellung dieser Fahrradmaschinen, die Förderung regenerativer Energien und die Stärkung der nachhaltigen Landwirtschaft und regionaler Anbaumethoden.

Auf dem Kirchentag in Berlin bildeten sich vor dem Smoothie-Fahrrad zuweilen Warteschlangen – und selbst Präsident Armin Laschet ließen es sich nicht nehmen, für das fruchige Mixgetränk kräftig in die Pedale zu treten. ☺

*Armin Laschet und Pfarrer Martin Domke am Smoothie-Fahrrad.
Foto: Dirk Johnen*





Den Alltag verlassen und neue Kräfte sammeln auf dem Pilgerweg.

Foto: Martin Decking

„Steh auf und geh...“

Ökumenischer Pilgerweg führte am Wiehengebirge entlang

Von Christian Hohmann

Kaffee und Mineralwasser erwarteten die rund 30 Pilgerinnen und Pilger, die sich zu Beginn des 9. Ökumenischen Pilgerweges in der katholischen Kirche St. Walburga in Porta Westfalica eingefunden hatten. Für drei Tage ging der diesjährige Pilgerweg entlang der Nord- und Südseite des Wiehengebirges zwischen Barkhausen und Bieren-Rödinghausen.

Einen solchen Weg gemeinsam zu gehen, bedeutet Vertrauen zu haben, „dass die Gemeinschaft dieses Pilgerweges trägt und eine heilende Wirkung haben kann“, betonte Dekanatsreferent Martin Decking in seiner Andacht zu Beginn des Weges. Ausgehend von der biblischen Erzählung der Heilung der zehn Aussätzigen erinnerte Decking an das Motto des Pilgerweges, „Steh auf und geh!“ Es sei eine Einladung, für drei Tage den Alltag zu verlassen und danach zu fragen, was mich in meinem Leben blockiert.

Die erste Etappe bei schwülen Temperaturen führte die Gruppe bis zur Alten Volksschule in Oberlübbe. Heute befindet sich in diesem 100 Jahre alten Gebäude in Hille-Oberlübbe ein modernes, freundliches und integratives Gästehaus, das in der Trägerschaft der Lebenshilfe steht. Menschen mit Behinderung arbeiten in diesem sehr gastfreundlichen Tagungshaus mit. Schon am ersten Abend zeigte sich, dass mehr als ein Drittel der Teilnehmenden zum ersten Mal am ökumenischen Pilgerweg in Ostwestfalen teilnahmen und schnell Kontakt in der Gruppe fanden.

Welchen Beitrag leisten diese ökumenischen Pilgerwege zur Einheit der Kirchen? Diese Frage führte am Abend zu einer intensiven Diskussion. Deutlich wurde, dass das

selbstverständliche Miteinander von Christinnen und Christen aus dem Dekanat Herford-Minden, aus den evangelischen Kirchenkreisen Herford, Lübbecke, Minden, Vlotho, sowie aus der weiteren Umgebung und aus den Freikirchen für viele eine ganz wesentliche Erfahrung ist, die sie mit den ökumenischen Pilgerwegen verbinden.

Bei strahlendem Sonnenschein am nächsten Morgen ging der Weg weiter. Ulrike Odenhausen und Birgit Stockmann vom Pilgerwegsteam führten die Gruppe auf die Südseite des Wiehengebirges mit ihren malerischen Aussichten und einer Fernsicht bis zum Höhenzug des Teutoburger Waldes. Ziel des zweiten Tages war Bad Holzhausen, ein kleiner Kurort am Wiehengebirge unweit von Lübbecke.

In der evangelischen Kirche feierte die Pilgergruppe zusammen eine Abendandacht. Die Schöpfung als ein Geschenk Gottes wahrzunehmen, aber auch angesichts der zunehmenden Umweltzerstörungen die eigene Verantwortung zur Schöpfungsbewahrung zu sehen, war das Thema des Gottesdienstes. Neben dem Altar stand das hölzerne Pilgerkreuz, das seit 2009 die ökumenischen Pilgerwege begleitet. Es war damals von der Herforder Künstlerin Anke Horn angefertigt worden.

Durch den Kurpark von Bad Holzhausen hindurch führte die dritte Etappe schließlich nach Bieren-Rödinghausen, wo die Gruppe im evangelischen Gemeindehaus mit Kaffee und Kuchen freundlich empfangen wurde. An den beiden ersten Tagen hatten freiwillige Kräfte unterwegs Kaffeepausen ermöglicht. Irene Esser vom Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Ostwestfalen-Lippe verabschiedete die ökumenische Pilgergruppe in der Evangelischen Kirche von Bieren mit einem Segensgebet. ☺

Kirchen sollen lauter gegen Abschiebungen protestieren

Christian Stephan ist Gastpfarrer in Deutschland

Von Kirsten Potz

Stellenwechsel über viele tausende Kilometer: Christian Stephan aus Argentinien arbeitet für zwei Jahre als Pfarrer in Westfalen. Der Theologe aus der Evangelischen Kirche am La Plata zog dafür mit seiner Familie im Februar 2016 nach Halle-Künsebeck in Ostwestfalen. Der 34-Jährige stammt aus einer Pfarrerfamilie mit deutschen Wurzeln, in der – wie in vielen Gemeinden seiner Kirche – auch noch deutsch gesprochen wird. Seine theologische Ausbildung hatte er in Süddeutschland am Seminar der Bahnauer Bruderschaft in Unterweissach begonnen. Nach seiner Rückkehr in die Heimat studierte Stephan Theologie an der Evangelischen Ökumenischen Fakultät ISEDET in Buenos Aires und ging dann als Pfarrer nach Paraguay. In der La Plata-Kirche, die Gemeinden in Argentinien, Paraguay und Uruguay hat, herrscht Pfarrermangel. Mit dem Gastpfarrer sprach Kirsten Potz.

Worin bestanden die besonderen Herausforderungen in Paraguay?



Christian Stephan

Foto: Privat

Stephan: Um sie zu verstehen, muss man die Geschichte des Landes kennen. Paraguay durchlitt 35 Jahre Militärdiktatur unter dem deutschstämmigen Alfredo Stroessner. Während dieser Zeit verschwanden Tausende, die dem Regime nicht passten. Die Verhältnisse besserten sich nicht wesentlich unter der ersten demokratisch gewählten Partei zu

der auch Stroessner gehörte, da dieselben mächtigen Familien weiter die Politik bestimmten. Erst unter Präsident Lugo gab es ab 2008 eine kleine Besserung, doch der musste 2012 im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten durch einen sehr gut geplanten Putsch gehen. In unserem Land sind nicht nur die Politiker korrupt, es ist die ganze Gesellschaft. Es darf doch nicht sein, dass man auf Ämtern für ganz normale Dienstleistungen extra bezahlen muss, damit sie getan werden! Es ist auch nicht ok, wenn Richter die Anliegen von Kleinbauern verschleppen, so dass sie nicht zu ihrem Recht kommen. Als Pfarrer sehe ich meine Aufgabe darin, die Menschen gegen Unrecht zu stärken. Wenn man sich aber klar positioniert, setzt man sich zwischen alle Stühle und handelt sich Ärger ein, auch mit reichen Leuten in den eigenen Gemeinden.

Wer von außen kommt, sieht manches anders, vielleicht sogar klarer. Was fordert die Kirchen in Deutschland heraus?

Stephan: Obwohl die Kirchen oft leer sind, ist ihre Stellung in der Gesellschaft noch stark. Hier muss ich mich nicht ständig gegen die katholische Kirche, gegen Pfingstkirchen und andere Freikirchen abgrenzen. Der Pfarrer ist immer noch gern gesehen, wird respektiert und ist auch auf kommunaler Ebene Gesprächspartner. Die Stimme der Kirche wird gehört, auch wenn nur rund 24 von den 88 Millionen Einwohnern noch zu einer evangelischen Landeskirche gehören und nur ein Bruchteil sich aktiv dazu rechnet. Das muss man stärker nutzen.

Wie könnte das aussehen?

Stephan: So viele Ehrenamtliche in den Gemeinden engagieren sich, nicht nur in der Flüchtlingsarbeit. Was würde passieren, wenn sie damit aufhören? Damit kann man doch Druck auf die Politik machen. Müsste man nicht lauter gegen Abschiebungen gut integrierter Menschen und endlos lange Bearbeitungszeiten von Asylanträgern protestieren statt nur das System mit freiwilligem Engagement mitzutragen? Und: Die Kirche muss ihren Mitgliedern deutlicher zeigen, dass sie ihr wichtig sind, und zwar der mitten im Leben stehenden, die Welt gestaltende Generation.

Was haben Sie bisher von Deutschland gesehen?

Stephan: Es gibt sehr viele Ausländer – aber fast niemand musste deswegen sein Leben ändern. Alle haben weiter ihre Wohnung, Schule, Ärzte. Man muss sich nur mit ein paar neuen Fragen auseinandersetzen. Beängstigend finde ich das Erstarken der Rechten, der AfD. Etwas sehr Positives: Die Menschen sind sehr offen und bereit, Menschen anderer Sprache und Herkunft zu helfen. Wir selbst haben jedenfalls nur gute Erfahrungen gemacht. ☺

Kontakt: Christian Stephan, Telefon 0 52 01 / 7 34 67 19, E-Mail: ruedachata@gmx.de

Minenstollen statt Klassenzimmer

Für Smartphones müssen Kinder im Kongo oft hart unter Tage schuften

Von Jean-Gottfried Mutombo | Dirk Johnen



Jean-Gottfried Mutombo, Pfarrer im Amt MÖWe.

Mit bloßen Händen graben sie in tiefer Erde. Statt zur Schule zu gehen, müssen kleine Jungen und Mädchen im Kongo oft in dunklen Minen schuften. Bis zu 40.000 Kinder arbeiten laut dem UN-Kinderhilfswerk Unicef unter miserablen Bedingungen in den Stollen. Nur mit Hose und T-Shirts bekleidet holen sie Kobalt und Coltan hervor – diese Rohstoffe stecken in Hightech-Geräten wie Smartphones.

„Dass ein Kind in Deutschland gezwungen wird, zu arbeiten, ist eigentlich undenkbar“, sagt Jean-Gottfried Mutombo. Im Kongo – seiner Heimat – gehöre harte körperliche Arbeit allerdings zum Alltag von Kindern: in Minen oder sogar als Kindersoldaten. Darauf macht der Pfarrer aus der Demokratischen Republik Congo immer wieder aufmerksam, der sich für die Handy-Aktion NRW engagiert. Mutombo ist im Amt für MÖWe für die Kirchenkreise Hamm, Unna, Münster, Steinfurt-Coesfeld-Borken sowie Tecklenburg zuständig. „Alte Handys sind wertvolle Rohstofflieferanten“, weiß der Theologe. Unter dem Titel „Mein Handy – Lust am Ohr, Last der Ausbeutung“ macht er dabei auf die politischen, sozialen und ökologischen Folgen der Produktion aufmerksam. Illegaler Rohstoffhandel, millionenschwerer Waffenhandel, brutale Kinder- und Zwangsarbeit, gewaltsame Landverteilung und grobe Umweltzerstörung gehören dazu.

Die Demokratische Republik Kongo ist das wichtigste Herkunftsland der für Mobiltelefone nötigen Rohstoffe

Coltan und Kobalt. Kobalt wird benötigt, um Lithium-Ionen-Batterien herzustellen. Vom Coltanabbau profitieren sowohl große Firmen der IT-Branche als auch Rebellen und Milizen, die damit ihre Waffen finanzieren.

Die Rohstoffe werden oft durch Kinderarbeit gewonnen. „Es werden kleine Kinder in die Löcher der Minen geschickt. Viele sterben, weil die Minen einstürzen. In der Regenzeit sammeln sich darin außerdem Moskitos, die Malaria übertragen“, weiß Mutombo. Die Kinder tragen keinen Helm, keine Handschuhe oder sonstige Schutzkleidung und müssen einen ganzen Tag – bis zu 24 Stunden – unter Tage arbeiten und sind dabei radioaktiver Strahlung ausgesetzt.

Manche sind erst sieben Jahre alt oder sogar noch jünger. Weil sie klein und flink sind, kommen sie besser als erwachsene Männer durch die engen Schächte und Löcher. Dafür bekommen sie ein bis zwei US-Dollar am Tag. Die Familien brauchen das Geld der Kinder, um überhaupt überleben zu können. Das nötige Schulgeld können sie sich meist nicht leisten.

Bereits 2002 hatte die UNO festgestellt, dass es sich im Kongo um einen Wirtschaftskrieg der Rohstoffe handelt und die Gier nach dem schnellen Geld groß ist. Durch Gewalt und Konflikte sind viele Schulen zerstört worden – zehntausende von Kindern werden keine Schule besuchen können. Für Mutombo ist klar: „Abbau und Handel der Rohstoffe sind mit Menschenrechtsverletzungen verbunden.“

Mit der Handy-Aktion NRW werden die in Althandys enthaltenen wertvollen Rohstoffe recycelt oder noch nutzbare Geräte zur Wiederverwendung aufbereitet. So freut sich Mutombo darüber, dass es eine Sammelbox für alte Handys im Münsterland in der Evangelischen Jugendbildungsstätte Tecklenburg (www.jubi-te.de) gibt. Die Erlöse helfen auch Familien im Kongo. ☺

Internet: <https://handyaktion-nrw.de>

Auf neuen Wegen

Amt für MÖWe verabschiedet Ute Hedrich und Dietrich Weinbrenner

Von Dirk Johnen

Im Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) gab es personelle Wechsel. Pfarrerin Ute Hedrich (54) hat die Einrichtung nach mehr als 15 Jahren verlassen und ist als Auslandspfarrerin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nach Harare/Zimbabwe gegangen. Der bisherige MÖWe-Regionalpfarrer Dietrich Weinbrenner (64) ist als Beauftragter für Nachhaltige Textilien bei der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) tätig. Die bisherige Hagener Pfarrerin Christina Biere (38) hat seine regionale Pfarrstelle übernommen.



Ute Hedrich

Ökumenische Frauenarbeit und Spiritualität, Aidshilfe in Südafrika sowie Kampf gegen Kinderprostitution und Menschenhandel – darum geht es Ute Hedrich. 2002 hatte die 54-jährige Theologin ihren Dienst in der damaligen „Arbeitsstelle Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung“ der westfälischen Kirche in Dortmund begonnen. 2013 wurde die neu errichtete Pfarrstelle für „Ökumenische Frauenarbeit und Ökumenische Spiritualität“ im Amt für MÖWe mit Hedrich besetzt. Sie gestaltete die Reihe der MÖWe-Gottesdienste, beteiligte sich an den Dortmunder Frauenmahlen und begleitete für viele Jahre mit theologischem Sachverstand und Leidenschaft den Dialog zwischen Ökumenikern in Europa und Afrika. In der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) war sie für viele Jahre im Frauenausschuss tätig und eine streitbare Kämpferin für Frauenrechte in Nord und Süd. In der Zusammenarbeit mit Südafrika und Namibia setzte Hedrich Akzente.

In Windhoek war sie zuvor schon als theologische Dozentin tätig. Zuletzt nahm sie dort im Mai an der Tagung des Lutherischen Weltbundes teil. Im südafrikanischen Distrikt Mkondo in der NRW-Partnerprovinz Mpumalanga konnte im Frühjahr eine weitere mobile Gesundheitsstation eingerichtet werden. Sie wurde mit 28.000 Euro vom Land Nordrhein-Westfalen und mit 9.500 Euro von Mitteln der westfälischen Kirche für das Hilfsprojekt „Kirche

und Wirtschaft gegen HIV und Aids“ gefördert, das die drei evangelischen Landeskirchen in NRW 2003 angestoßen hatten.

Das Gesicht der MÖWe in der Region geprägt hat ebenso über viele Jahre Dietrich Weinbrenner, der sich seit 1997 für die Ökumene in der westfälischen Kirche engagiert. Der 64-Jährige war Pfarrer im Gemeindedienst für Mission und Ökumene, seit 2003 dann in einer der Regionalstellen des neu geschaffenen Amtes für MÖWe. Dabei begleitete er die ökumenische Arbeit und Partnerschaftsbeziehungen in den Kirchenkreisen Dortmund, Hagen, Hattingen-Witten und Schwelm.

Ein zentrales Anliegen war und ist ihm der faire Handel insbesondere im Textilbereich. Gerade diese Waren werden meist im Ausland produziert, Arbeits- und Menschenrechte oft verletzt. „Arbeiter müssen für Hungerlöhne schuften, verbrieftete Rechte werden ihnen vorenthalten“, sagt Weinbrenner, der Fabriken in Indonesien besichtigen konnte. Die westfälische Landeskirche hat den Theologen seit April freigestellt für ein Pilotprojekt bei der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) – als Beauftragter für „Nachhaltige Textilien“. Ein Ziel dabei ist es, dass sich Kirche und Diakonie in Westfalen sowie die Mitgliedskirchen der VEM künftig für faire Textilbeschaffung einsetzen und diese selbst einhalten. ☺

Dietrich Weinbrenner



Neue Gesichter im Amt für MÖWe



Ein neues Gesicht bei der MÖWe ist seit dem 1. Juli **Christina Biere**, die bislang als Pfarrerin im Kirchenkreis Hagen in der Flüchtlingshilfe und der interkulturellen Gemeindearbeit tätig war. Die gebürtige Bielefelderin arbeitet als neue Regionalpfarrerin und ist für die Kirchen-

kreise Dortmund, Hagen, Hattingen-Witten und Schwelm zuständig. Ökumenische Erfahrungen junger Menschen bringt sie aus der Gremienarbeit beim Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) mit, zudem gründete sie gemeinsam mit anderen Studierenden das Netzwerk „meet – more ecumenical empowerment together“. Biere, die Theologie- und Diakoniewissenschaft in Heidelberg studierte und danach in der Bergkamener Friedenskirchengemeinde ihr Vikariat absolvierte, kennt auch Südafrika: in Pretoria leistete sie ein Freiwilliges Soziales Jahr. ☺

Pfarrer **Ralf Lange-Sonntag** ist seit September mit einer halben Stelle neu im Amt für MÖWe. Er ist dort zuständig für den Arbeitsschwerpunkt „Christlich-Islamischer Dialog“ bzw. „Interreligiöser Dialog“. Der 52-Jährige ist zugleich als theologischer Referent



im Ökumene-Dezernat tätig. Sein Arbeitsbereich wird dort auch der Nahe und Mittlere Osten sein. Lange-Sonntag wird ferner die Funktion des Islam-Beauftragten der EKvW wahrnehmen, die bisher von KR Gerhard Duncker ausgeübt wurde. Lange-Sonntag hat Evangelische Theologie und Islamwissenschaften studiert. Sein Vikariat absolvierte er in Berlin, er kam 1998 nach Dortmund. Als Pfarrer arbeitete er zunächst in der Evangelischen Kirchengemeinde Brackel, ab 2001 dann am Paul-Ehrlich-Berufskolleg und ab 2011 als Referent für den Christlich-Islamischen Dialog im Institut für Kirche und Gesellschaft. Lange-Sonntag ist verheiratet und Vater dreier Kinder. ☺

Yvonne Afflerbach arbeitet zurzeit als Elternzeitvertretung für Johanna Schäfer. Sie unterstützt vor allem die thematische Arbeit rund um die Handyaktion NRW und bereitet den Jugendklimaaktionstag (Climate Action Day) mit vor, der im November stattfindet.



Die 26-Jährige hat Christliche Theologien in ökumenischer Perspektive und Literatur, Kultur, Medien studiert und einen Master in Internationalen Kulturhistorischen Studien absolviert. Während des Studiums konnte sie im Rahmen eines Praktikums die vielfältige Arbeit des Amtes für MÖWe sowie dessen ökumenischen Beziehungen bereits kennenlernen. ☺

Abschied vom Amt für MÖWe



Anne Preuß geht nach fast 25 Jahren Tätigkeit im Amt für MÖWe Ende September mit 65 Jahren in den Ruhestand. Sie hat die Anfänge der damaligen Arbeitsstelle für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung und die weitere Entwicklung des Amtes begleitet und sich als Verwaltungskraft stets für die Belange des Amtes und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt. Ihre Nachfolgerin wird **Andrea Wiesemann** (52), die zuvor beim Kirchenkreis Dortmund tätig war. ☺



Reminiszere – Sonntag mit Fürbitten für bedrängte Christen

Einmal im Kirchenjahr wird mit einer Fürbitte an die Lage von bedrängten und verfolgten Christen erinnert. Dazu wurde in der evangelischen Kirche der zweite Sonntag der Passionszeit, Reminiszere, ausgewählt (Reminiscere miserationum tua- rum – „Gedenke, Herr, an deine Barmherzigkeit“ nach Psalm 25,6). Gottesdienstmaterialien dazu finden sich auf der Internetseite der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Dabei wird jeweils eine Region der Welt besonders in den Blick genommen. In den vergangenen Jahren richtete sich der Blick auf die arabische Halbinsel, die Türkei, Eritrea und Zentralasien. Internet: <http://www.ekd.de/international/menschenrechte/fuerbitte.html> ☺

Fürbittengebet

„Ich bin, der ich bin“, sprich für die Namen all jener, die ihre eigene Identität verachten, die sich selbst verlieren, überwältigt von zu gewaltigen Bedrängnissen, zu starken Mächten, verflucht dazu, niemals dazu zu gehören, so sehr sie auch es versuchen. Rufe dein namenloses Volk, Gott, und versammle sie unter dem Baum der Gnade.

„Ich werde sein, der ich sein werde“, auf dem Wüstensand setze jeden Busch in Flammen mit nicht erhörten Schreien, die nicht geheilten roten Wunden, die Versprechen unerfüllt, bis wir deinen Ruf erkennen und Errettung in unseren Füßen, unseren Armen, unseren Köpfen tanzt, so dass all deine Kinder die Schuhe finden, die die gute Nachricht deiner Gerechtigkeit und Liebe verbreiten.

„Ich bin, der ich bin“, Lamm Gottes, das der Welt Sünde trägt, erbarme dich unser. Schreibe deinen Namen auf unsere Herzen, auf dass wir mit deinen Augen sehen, vom Kreuz herabsehen, ganz in Flammen, mit Durst und Schmerz, aber auch mit nicht verzehrter Liebe.

Mit bloßen Füßen, aber umfangen von deiner Gegenwart, empfehlen wir dir alle an, für die wir beten, und legen sie in deine Hände.

Amen

© Lutherischer Weltbund 2017

Dieses Fürbittengebet war Bestandteil einer Abendandacht bei der 12. Vollversammlung des LWB in Windhoek. Nachdem die TN gebeten worden waren, ihre Schuhe auszuziehen, begann die Andacht mit den Worten:
„Wenn wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, das Wunder wahrzunehmen,
stehen wir auf heiligem Land.“

*Wenn wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, die Schreie zu hören und den Schmerz zu spüren,
stehen wir auf heiligem Land.*
*Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf den Ruf unserer Namen richten und hören, wie Freiheit verkündet wird: Ich bin, der ich bin,
stehen wir auf heiligem Land.*
Dann schloss sich eine Meditation von Exodus 3,1-12 an.

